

Inhaltsverzeichnis

1. Thomas straubhaar	
2. Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	
3. Nils Goldschmidt	
4. Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft	
5. Walter Eucken Institut	
6. Roman Herzog Institut	
7. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	
8. Joachim Starbatty	
9. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft	
10. Ludwig-Erhard-Stiftung	
11. Europäischer Verband Öffentlicher Banken	
12. Die Familienunternehmer - ASU	
13. Institut für Wirtschaftspolitik	
14. Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft	
15. Institut für Unternehmerische Freiheit	
16. Wirtschaftsrat der CDU	
17. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit	

Thomas Straubhaar

Thomas Straubhaar (* 2. August 1957 in Unterseen/Schweiz), als neoliberaler Ökonom bekannt, war bis September 2014 Direktor des [Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts](#) (HWWI). Er ist in mehreren wirtschaftsnahen Organisationen und neoliberalen Netzwerken aktiv und hat die Gründung solcher Einrichtungen als Präsident des HWWI initiiert.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
1.1 Initiativen zur Gründung neoliberaler Netzwerke	2
2 Verbindungen / Netzwerke	3
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
4 Einzelnachweise	4

Karriere

Straubhaar studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern, wo er auch promovierte und sich habilitierte. Er war Lehrbeauftragter im Aufbaustudium Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Universität Konstanz, Lehrbeauftragter für Wirtschaftspolitik an der Universität Basel und Stellvertreter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg im Breisgau. Ab 1992 war er Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität der Bundeswehr. In dieser Zeit (von 1992 bis 1995) betätigte er sich als externer Berater der Schweizer Großbank [UBS](#).^[1] Seit 1999 ist er Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg und war zugleich Präsident des 2006 geschlossenen Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA). Im Jahr 2005 wurde Straubhaar Direktor des neu gegründeten Hamburger WeltWirtschaftsinstitut (HWWI). 2014 trat er als Leiter des HWWI zurück, um sich mehr um eigene Forschungsprojekte zu kümmern.

Quelle: ^[2]

Initiativen zur Gründung neoliberaler Netzwerke

Wilhelm-Röpke-Institut

Die Gründung des [Wilhelm-Röpke-Institut](#) am 23. Mai 2007 ist von Straubhaar initiiert worden.^[3] Es ist an die Thüringer Zweigniederlassung des HWWI angeschlossen. Der erste Vorstand des Wilhelm-Röpke-Instituts bestand aus:

- [Nils Goldschmidt](#), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), des [Walter Eucken Institut](#) und des Beirats des [Roman Herzog Institut](#) der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Metall- und Elektroindustrie
- Thomas Straubhaar, u.a. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Joachim Starbatty](#), Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums des [Walter Eucken Institut](#)

- Mattias Wierlacher, Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank, Vizepräsident des [Europäischer Verband Öffentlicher Banken](#)^[4]
- Joachim Zweynert, Wissenschaftlicher Leiter der Zweigniederlassung Thüringen (Erfurt) des HWWI

Jenaer Allianz^[5]

Joachim Zweyert (HWWI/Wilhelm-Röpke-Institut) gehört zu den Autoren des 2008 verfassten "Jenaer Aufrufs", der zur Gründung der "Jenaer Allianz zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft" geführt hat.^[6] Mitglieder sind die folgenden wirtschaftsliberalen Organisationen:

- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Bund Katholischer Unternehmer](#)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#)

Verbindungen / Netzwerke

Straubhaar ist Mitglied/Mitglied von Gremien der folgenden Organisationen (Stand: Juli 2020, Quelle: Websites der genannten Organisationen):

- NAVIS AG: Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
- [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) (Tochtergesellschaft: [Liberales Institut](#)): Mitglied des Kuratoriums und Vertrauensdozent
- [Institut für Unternehmerische Freiheit](#): Mitglied des Beirats
- [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#): Botschafter
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Mitglied
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#): Gründer
- [Roman Herzog Institut](#): Experte für Ökonomie
- [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA) (von der Deutschen Post-Stiftung gefördert): Gründungsmitglied der Policy Fellows
- Verein Pro Bürgergeld: Mitinitiator
- Edmund Sievers-Stiftung: Vorsitzender des Stiftungsrats
- [Hamburger Appell](#): Initiator

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Lebenslauf Policy Fellows des IZA](#), Website IZA, abgerufen am 3. Oktober 2011
- ↑ [Lebenslauf](#), wiso.uni-hamburg.de, abgerufen am 21.07.2020
- ↑ Website HWWI, Geschichte des HWWI, Mai 2007, abgerufen am 3. Oktober 2011
- ↑ [Presseerklärung der Thüringer Aufbaubank vom 8. Dezember 2010: Matthias Wierlacker zum Vizepräsidenten des Europäischen Verbandes Öffentlicher Banken gewählt](#), Website thueringer-aufbaubank, abgerufen am 3. Oktober 2011
- ↑ [60 Jahre soziale Marktwirtschaft](#), Website 60jahresozialemarktwirtschaft, abgerufen am 3. Oktober 2011
- ↑ [Jenaer Aufruf](#), Website 60jahresozialemarktwirtschaft, abgerufen am 3. Oktober 2011

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut

Das **Hamburgische WeltWirtschaftsInstitut** (HWWI) ist eine arbeitgebernahe Beratungs- und Forschungseinrichtung, deren alleiniger Gesellschafter seit 2016 die Handelskammer Hamburg ist. Die Ausrichtung des HWWI wurde maßgeblich von ihrem langjährigen Direktor [Thomas Straubhaar](#) geprägt, der u.a. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) ist. Das HWWI beteiligt sich an Aktivitäten der INSM und weiterer wirtschaftsnaher Organisationen und neoliberaler Denkfabriken und hat deren Gründung ([Wilhelm-Röpke-Institut](#) und [Jenaer Allianz](#)) initiiert. Es war Mitglied des inzwischen aufgelösten [Stockholm Network](#), einer Dachorganisation neoliberaler Denkfabriken.

Neben dem Hauptsitz in Hamburg ist es mit einer Zweigniederlassungen in Bremen präsent. Der inzwischen geschlossenen Zweigniederlassung Erfurt war zeitweise das [Wilhelm-Röpke-Institut](#) angegliedert.

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut gemeinnützige GmbH (HWWI)

[[Bild:<datei>|center]]

Branche	Denkfabrik und Wirtschaftsforschung
Hauptsitz	Helmhuder Straße 71, 20148 Hamburg
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	hwwi.org

Inhaltsverzeichnis

1 Tätigkeitsbereiche	5
2 Struktur des HWWI	5
2.1 Gesellschafter	5
2.2 Geschäftsführer	5
2.3 Research Fellows	5
3 Kooperationen	6
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
5 Einzelnachweise	6

Tätigkeitsbereiche

Das HWWI ist ein den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verpflichteter Think Tank. Im Zentrum der Arbeit steht der Transfer aus Wissenschaft und Forschung in die Praxis von Wirtschaft und Politik sowie die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnis in Handlungsempfehlungen. Die Forschungsschwerpunkte sind: Digitalökonomie; Arbeit, Bildung und Demografie; Energie, Klima und Umwelt; Konjunktur, Weltwirtschaft und Internationaler Handel; Ökonomie der Städte und Regionen. Es erscheinen die folgenden Publikationen: HWWI Update, HWWI Standpunkt, Research Paper, Policy Paper, Partnerpublikationen, Dossiers, Gutachten und Studien, Edition HWWI und HWWI Insights. Das HWWI hat mehrere Gutachten für die INSM erstellt.

Struktur des HWWI

Gesellschafter

Ursprünglich waren die Handelskammer Hamburg und die Universität Hamburg Gesellschafter. 2016 erwarb die Handelskammer Hamburg von der Universität Hamburg deren 50 %-Beteiligung am HWWI für einen symbolischen Euro.^[1]

Geschäftsführer

- **Henning Vöpel**, zuvor Senior Economist am HWWI
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der HSBA Hamburg School of Business Administration
 - Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
 - Mitglied des Kuratoriums des Forum Hafen City

Ehemaliger Direktor und Geschäftsführer

- **Thomas Straubhaar**
 - [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#): Botschafter
 - **Friedrich-Naumann-Stiftung**: Mitglied des Kuratoriums
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#): Mitglied des Beirats
 - [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Roman Herzog Institut](#): Experte für Ökonomie
 - [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA): Gründungsmitglied der Policy Fellows
 - Verein Pro Bürgergeld: Mitinitiator

Research Fellows

Zu ihnen gehören (Stand: Januar 2019)

- **Joachim Zweynert**^[2]
 - Professor für Internationale Politische Ökonomie an der Uni Witten/Herdecke
 - Mitglied des Netzwerks [NOUS](#)^[3]
 - Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitautor des Jenaer Aufrufs zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ([Jenaer Allianz](#))
 - Dozent im Graduiertenkolleg "Soziale Marktwirtschaft" der **Konrad-Adenauer-Stiftung**

- ehem. Wissenschaftlicher Leiter der Zweigniederlassung Erfurt des HWWI und ehem. Stellv. Vorsitzender des [Wilhelm-Röpke-Institut](#)
- Stefan Kolev^[4]
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der Westsächsischen Hochschule Zwickau
 - Mitglied des Netzwerks [NOUS](#)
 - Stellv. Vorsitzender des [Wilhelm-Röpke-Institut](#), einem Mitglied der [Jenaer Allianz](#)
 - Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied des [Walter Eucken Institut](#)
 - Vertrauensdozent der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)

Kooperationen

Die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg ist seit dem 1. Dezember 2016 wissenschaftliche Kooperationspartnerin des HWWI.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Handelskammer Hamburg übernimmt das HWWI](#), abendblatt.de vom 06.07.2016, abgerufen am 20.01.2018
2. ↑ [Profil](#), uni-wh.de, abgerufen am 20.01.2019
3. ↑ [Netzwerk](#), nous.network, abgerufen am 18.02.2017
4. ↑ [Profil](#), nous.network, abgerufen am 23.01.2019

Nils Goldschmidt

Nils Goldschmidt (*1970 in Höxter/Westfalen), seit März 2013 Professor für Wirtschaftswissenschaft und ihre Didaktik am [Zentrum für ökonomische Bildung](#) der Universität Siegen (ZöBiS), ist als Vorstandsvorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Vorstandsmitglied des inzwischen aufgelösten [Wilhelm-Röpke-Institut](#) sowie Affiliated Fellow des [Walter Eucken Institut](#) ein wichtiger Netzwerker neoliberaler Organisationen.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	7
2 Verbindungen / Netzwerke	7
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
4 Einzelnachweise	8

Karriere

- seit 3/2013 Professur für Wirtschaftswissenschaft und ihre Didaktik am [Zentrum für ökonomische Bildung](#) der Universität Siegen (ZöBiS) und Vorsitzender des ZöBiS
- 2010 - 2013 Professur im Lehrgebiet Sozialpolitik und Sozialverwaltung an der Hochschule für angewandte Wissenschaften München, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften
- seit 2009 Lehrbeauftragter im Lehrbereich Wirtschaft und Gesellschaft an der Hochschule für Politik München
- 2008 - 2010 Vertretungsprofessur für Sozialpolitik und Organisation Sozialer Dienstleistungen an der Universität der Bundeswehr München
- 2008 Habilitation für das Fach Volkswirtschaftslehre, Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg
- seit 2006 Lehrbeauftragter an der Wissenschaftlichen Hochschule Lahr
- 2002 - 2008 Forschungsreferent am [Walter Eucken Institut](#); seitdem Research Associate
- 2001 Dr. rer. pol.
- 1998 - 2002 Assistent am Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung, Abteilung für Mathematische Ökonomie, Universität Freiburg
- 1997 Diplom-Volkswirt
- 1996- 1998 Wiss. Mitarbeiter am Institut für Praktische Theologie, Arbeitsbereich Christliche Gesellschaftslehre, Universität Freiburg
- 1995 Diplom-Theologe

Quelle: ^[1]

Verbindungen / Netzwerke

- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Vorstandsvorsitzender
- [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow
- Görres-Gesellschaft: Vorstandsmitglied
- [Zentrum für ökonomische Bildung](#) Siegen (ZÖBIS), Mitglied des Kuratoriums
- Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle, Verantwortlicher des Projekts Ordnungsethik
- [NOUS](#): Mitglied
- Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft der Konrad Adenauer Stiftung, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- Ratio Institute/Stockholm, Associate Fellow
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): ehem. Mitglied

Quelle: Quelle: ^[2]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ Team, eucken-institut.de, abgerufen am 24.08.2023
- ↑ Team, eucken-institut.de, abgerufen am 24.08.2023

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft

Die **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft** ist eine Vereinigung zur Förderung von marktradikalen Ideen im Sinne von [Friedrich August von Hayek](#). Sie war bis zum Streit um die Abgrenzung zur AfD im Jahr 2021 eng mit der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) verbunden (diese ist nicht identisch mit der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#)). Die Hayek-Gesellschaft spielte lange Zeit eine führende Rolle bei der ideologischen Ausrichtung und Koordinierung einer Vielzahl neoliberaler Denkfabriken und Netzwerke. Im Juli 2015 trat ein großer Teil des wirtschaftsliberalen Flügels aus Protest gegen die zunehmende Ideologisierung und Radikalisierung aus der

Hayek-Gesellschaft aus.^[1] Zu ihnen gehörten auch Repräsentanten der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und der [FDP](#). 2017 und 2021 sind weitere Mitglieder aus Protest gegen eine Angleichung an [AfD](#)-Positionen ausgetreten. Die Spaltungstendenzen erklären sich nach Auffassung des Historikers Quinn Slobodian auch daraus, dass Hayek sowohl unter Neoliberalen als auch unter Rechtspopulisten eine Ikone geworden ist.^[2] Die rechtsneoliberale Vorstellung vom »Volkskapital« ordne Ländern Intelligenz-Durchschnittswerte in einer Weise zu, die das Konzept des »Humankapitals« kollektiviere und ihm angeborene, vererbare Qualitäten zuschreibe.

Personelle Verflechtungen gibt es mit den [Mises Instituten](#), dem Verband [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#). Ein prominentes Neu-Mitglied ist Hans-Görg Maaßen, ehem. Präsident des Bundesverfassungsschutzes, der die WerteUnion als Partei gegründet hat. Von der Hayek-Gesellschaft wird Maaßen auf Youtube als "Verfassungsschützer der Freiheit" präsentiert.^[3] Zu den Aktivisten gehört der Jurist Ulrich Vosgerau, der beim Geheimgespräch von rechtssextremistischen Funktionären in Potsdam dabei war.

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	Mai 1998
Hauptsitz	10117 Berlin, Albrechtstr. 11
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	hayek.de

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	9
2 Forum Freiheit	9
3 Verleihung der Hayek-Medaille	9
4 Kontroversen und Austritte	10
4.1 Streit 2015	10
4.2 Streit 2017: Abgrenzung zur AfD	10
4.3 Streit 2021: Abgrenzung zur AfD	10
5 Organisationsstruktur und Personal	11
5.1 Vorstand	11
5.2 Aktivisten	12
5.3 Mitglieder	12

6 Finanzen	13
7 Verbindungen	13
7.1 Atlas Network	13
7.2 Alternative für Deutschland (AfD)	14
7.3 Die Familienunternehmer - ASU	14
7.4 Ludwig von Mises Institute	14
7.5 Degussa Goldhandel GmbH	15
7.6 Hayek-Institut	15
7.7 Jenaer Allianz	15
7.8 Liberales Institut Zürich	15
8 Lobbystrategien und Einfluss	15
8.1 Umwelt/Klimaschutz	15
9 Zitat	16
10 Weiterführende Informationen	16
11 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
12 Einzelnachweise	16

Aktivitäten

Zweck der im Mai 1998 gegründeten Hayek-Gesellschaft ist u.a. die „Vernetzung“ von Nachwuchswissenschaftlern, Publizisten und Politikern, die Abhaltung von Tagungen und Symposien, die Verleihung einer „Hayek-Medaille“ sowie die Veranstaltung eines Essay-Wettbewerbs.

Forum Freiheit

Das „Forum Freiheit“ ist eine lockere Allianz von verschiedenen Organisationen und Vereinen, deren Ziel eine allgemeine Werbung für die Idee der Freiheit oder für die Realisierung der Freiheit in bestimmten Einzelbereichen (z.B. im Bildungswesen, im Gesundheitswesen) ist.^[4] Das [FORUM FREIHEIT 2022](#) wurde von der Hayek-Gesellschaft veranstaltet und vom [Liberalen Institut Zürich](#) und dem [Institut für Unternehmerische Freiheit](#) unterstützt. Neben Vorstandsmitgliedern der Hayek-Gesellschaft hält Thilo Sarazzin regelmäßig Vorträge auf den Foren und sonstigen Veranstaltungen der Gesellschaft. Als Leiter eines Panels des Forums Freiheit betätigte sich 2022 [Roland Tichy](#), dem 2015 die Hayek-Medaille verliehen wurde.^[5] Auf dem [FORUM Freiheit 2019](#) referierte Michael Limburg, Vizepräsident des Klimaktenleugner-Instituts [EIKE](#) und Mitglied der AfD, zum Thema „Klimasozialismus“.

Verleihung der Hayek-Medaille

Die Hayek-Gesellschaft verleiht jährlich die Hayek-Medaille an „Medaillenträger national“ und „Medaillenträger international“. Die Preisträger sind [hier](#) abrufbar. 2024 wird die Hayek-Medaille an den [libertären argentinischen Präsidenten Javier Milei](#) verliehen, der der Welt ein leuchtendes Beispiel für die Kraft liberaler Ideen in einem demokratischen Gemeinwesen gebe – gerade in Zeiten großer Not.^[6] Der Vorsitzende Stefan Kooths begründete die Entscheidung eingehend in einem [Interview mit dem Handelsblatt](#).

Der [Hayek-Sonderpreis für exzellentes Networking](#) ging 2023 an das AfD-nahe Radio [KONTRAFUNK](#) mit Sitz in der Schweiz. Offizieller Gründer und Chefredakteur von Kontrafunk ist das AfD-Mitglied [Burkard Müller-Ulrich](#).^[7]

Kontroversen und Austritte

Streit 2015

Im Juli 2015 sind die Vorstandsmitglieder [Karen Horn](#) und [Michael Wohlgemuth](#) sowie fünfzig weitere Mitglieder nach Auseinandersetzungen um die politische Ausrichtung aus der Gesellschaft ausgetreten.^{[8][9]} Horn hatte u. a. in einem Artikel im "Schweizer Monat" jene Vulgärliberalen kritisiert, die sich in verantwortungsloser Vereinfachung gesellschaftlicher Fragen daran ergötzen, als Staatshasser den eigenen Beissreflex zu üben und die rechten, reaktionären Kräfte, die sich missverständlich als "wertkonservative Liberale" bezeichnen.^[10] Daraufhin hatten 26 Mitglieder - unter ihnen der frühere FDP-Politiker [Frank Schäffler](#) - in einem offenen Brief den Rücktritt von Frau Horn gefordert. Der Austritt eines großen Teils des wirtschaftsliberalen Flügels, zu dem u.a. Christian Lindner (FDP-Vorsitzender), [Michael Hüther](#) (Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)) und [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) und Leiter des [Walter Eucken Institut](#)) gehören, hat faktisch zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt. In einem Artikel für die Neue Zürcher Zeitung schilderte Peter Fischer, eines der ausgetretenen Mitglieder, die Ereignisse aus seiner Sicht und sprach von einem "Streit um Abgrenzung gegenüber Rechtskonservativen, Toleranz und zivilisierte Umgangsformen".^[11] 2016 gründeten die Ausgetretenen das Netzwerk [NOUS](#).^[12]

Streit 2017: Abgrenzung zur AfD

Im Juni 2017 sind [Günter Ederer](#) (bis dahin Kuratoriumsmitglied der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)) und [Peer Ederer](#) (bis dahin Vorstandsmitglied der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)) aus Protest gegen eine zunehmende Angleichung an AfD-Positionen aus der Hayek-Gesellschaft ausgetreten.^[13] Günter Ederer schrieb in einem Brief an die Mitglieder, der Kreis sei zu einem „Mistbeet der AfD“ verkommen. Kritisiert wurde auch, dass in den „Juniorenkreisen Politik“, an deren Organisation der Brüssler Büroleiter von [Beatrix von Storch](#) beteiligt ist, angeblich AfD-Inhalte statt Hayeks Gedanken vermittelt werden.

Streit 2021: Abgrenzung zur AfD

Der ungeklärte Umgang mit der AfD und ihren Mitgliedern hat eine Austrittswelle unter prominenten Mitgliedern der Hayek-Gesellschaft ausgelöst. Dazu gehören zwei Stellvertretende Vorstandsmitglieder (Christoph Zeitler und Frederik C. Roeder) sowie weitere langjährige Mitglieder ([Frank Schäffler](#) und Thomas Mayer). Nach Angaben des Stiftungsrats hat es in der Vergangenheit auffällige Versuche von AfD-Mitgliedern gegeben, die Mitgliedschaft in der Hayek-Gesellschaft zu erwerben. Die Stiftung werde deshalb mit sofortiger Wirkung Veranstaltungen und Projekte weder finanziell noch ideell fördern, an denen AfD-Mitglieder und oder Mitarbeiter von Partei und Fraktionen in welcher Form auch immer teilnehmen. Das nicht bindende Votum sei mit fünf zu eins Stimmen gefallen. In der Hayek-Gesellschaft selbst gibt es laut der Online-Ausgabe des Spiegel keine Mehrheit für eine klare Abgrenzung gegenüber der AfD. Der Vorstandsvorsitzende Stefan Kooths (Direktor der Abteilung für Konjunktur und Wachstum des Instituts für Weltwirtschaft) sehe die Gefahr für liberale Ideen weniger in einer großen Nähe zu Rechten, sondern eher in Angriffen von Linken. Der Vorwurf der AfD-Nähe ist nach Kooths Auffassung zu „einer politischen Kampfvokabel geworden, ähnlich der Nazikeule“. Zur Entschärfung der Debatte ist Alice Weidel, Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, am 1. Februar 2021 aus der Hayek-Gesellschaft ausgetreten.

Quellen: ^{[14][15][16][17]}

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Name	Verbindungen
Stephan Kooths (Vorsitzender des Vorstands)	• Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW): Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum • BSP Business and Law School, Professor für Volkswirtschaftslehre • Mittelstandsnetzwerk Internationaler Wirtschaftssenat: Mitglied des Präsidiums • CDU/CSU-Fraktion: Referent^[18] • Liberales Institut Zürich: Mitglied des Akademischen Beirats • Mises Institute USA: Mitglied • Mont Pelerin Society, Mitglied • FDP, Mitglied
Gerd Habermann (Geschäftsführender Vorstand)	• Die Familienunternehmer - ASU: Mitglied der Ordnungspolitischen Kommission und bis 2010 Direktor des Unternehmerinstituts (UNI) • Deutsche Stiftung Eigentum: Mitglied des Kuratoriums • Ludwig-Erhard-Stiftung: Fördermitglied • Mises Institute Europe: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats, Ludwig von Mises Institut Deutschland: Autor • Mont Pelerin Society, Mitglied • FDP: Mitglied
Carlos Gebauer (Stellv. Vorsitzender und Kontaktpartner für Presse und Medien)	• Rechtsanwaltskanzlei Lindenau, Prior & Partner: Mitarbeiter^[19] • Property and Freedom Society, Referent bei den Jahrestagungen 2009 und 2014 • Liberales Netzwerk: Berater, bis 2008 Mitglied des Stiftungsrats • Liberaler Aufbruch: Gründungsmitglied • Alternative für Deutschland (AfD): Moderator bei Wahlkampfveranstaltungen^[20] • Mises Institut Deutschland: Interviewpartner • "Die Freie Welt" und "eigentümlich frei": Autor • Ärztemagazin DER KASSENARZT: Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat • FDP Duisburg: Stellv. Kreisvorsitzender^[21]
Thorsten Harke (Stellv. Vorsitzender)	• Präsident der Harke Group, die Veranstaltungen des Mises Instituts Deutschland sponsert^[22] • Die Familienunternehmer - ASU, Stellv. Vorsitzender des Regionalkreises Ruhr • Verband Chemiehandel, Mitglied des Vorstands

Gerhard Papke
(Schatzmeister)

- Papke unterstützt Hans-Georg Maaßen, den Parteigründer und ehem. Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes, mit dem er in Dresden bei einer Veranstaltung unter dem Titel „Migrationswende“ auftrat.^[23]
- Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft
- ehem. nordrhein-westfälischer FDP-Wirtschaftspolitiker, der sich als Spitzenpolitiker zurückzog, nachdem es ihm nicht gelungen war, die Partei zu einem nationalliberalen Kurs zu drängen.^[24]

Lisa Marie Kraul

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Makroökonomik und internationale Wirtschaft der Universität Herdecke

(Stand: Februar 2024) Quelle: ^[25]

Ehemalige Vorstandsmitglieder:

- (bis 1/2021) Frederik C. Roeder: Vorstandsmitglied von "Students for Liberty" und Geschäftsführer des [Consumer Choice Center](#)
- (bis 1/2021) **Christoph Zeitler**: Professor für Politikwissenschaften an der Evangelischen Hochschule Nürnberg, Mitglied der FDP
- Konrad Hummler: Schweizer Privatbankier, Mitglied der Schweizer FDP und bis 2013 Mitglied des Verwaltungsrats der Neuen Züricher Zeitung
- (bis 7/2015) **Karen Horn**: Mitglied einer Vielzahl von neoliberalen Netzwerken und Denkfabriken, u. a. [Mont Pelerin Society](#) und [Open Europe Berlin](#), [Institut der deutschen Wirtschaft](#): bis Ende März 2012 Berliner Büroleiterin
- (bis 7/2015) **Michael Wohlgemuth**: [Open Europe Berlin](#): Direktor, [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow, [Jenaer Allianz](#): Mitbegründer, [Mont Pelerin Society](#): Mitglied, [Konrad-Adenauer-Stiftung](#): Mitglied des "Ordnungspolitischen Beirats"^[26]

Aktivisten

- Ulrich Vosgerau, Privatdozent der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, Mitglied der Hayek-Gesellschaft und der CDU, der die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht vertritt, war beim Geheimtreffen von rechtsextremistischen Funktionären in Potsdam dabei.^{[27][28][29]} Auf Einladung der AfD Hamburg schilderte er das Treffen aus seiner Sicht und deutete eine Verschwörung hinter der Veröffentlichung an.^[30] Vosgerau referiert bei Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft, so beim [Forum Freiheit](#) oder als besonderer Ehrengast bei der Jahreskonferenz der Clubleiter der Hayek-Gesellschaft am 14.10.2023 in Fulda.^[31] Er ist - wie der Hayek-Gesellschaft-Vorsitzende Kooths - Dozent der [Akademie der Freiheit](#).

Mitglieder

Mitglieder können - auf Vorschlag zweier Mitglieder der Gesellschaft - namentlich Personen aus den Bereichen Wissenschaft, Unternehmerwirtschaft und Publizistik werden. Prominente Mitglieder sind/waren u. a.:

- Hans-Georg Maaßen, ehem. Präsident des Bundesverfassungsschutzes^[32]
- [Roland Tichy](#)^[33]

- Oliver Geers, Hörgeräte-Hersteller
- Erich Sixt, Vorstandsvorsitzender der Sixt SE
- Theo Müller, Müller-Milch
- Thomas Bentz, Melitta-Erbe
- Hans-Adam II., Fürst von Liechtenstein
- Siegfried von Hohenau, Münchner Unternehmer
- Markus Krall, ehem. Sprecher und Mitglied der Geschäftsführung der Degussa Goldhandel GmbH, Gründer der [Atlas-Initiative](#)
- Thorsten Polleit, Chefökonom der Degussa Goldhandel GmbH, Präsident des [Mises Institut Deutschland](#)
- Gunther Schnabl, Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig, Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Autor des [Mises Institut USA](#), Senior Fellow des Flossbach von Storch Research Institute
- Philip Plickert, Wirtschaftsredakteur der FAZ^[34], Mitglied des Kuratoriums von [ECONWATCH](#)
- Heike Göbel, Wirtschaftsredakteurin der FAZ^[35]

Ehemalige Mitglieder

- (bis 1/2021) [Frank Schäffler](#), FDP-Bundestagsabgeordneter, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#) sowie Mitbegründer der marktliberalen Denkfabrik [Prometheus](#)
- (bis 7/2015) [Christian Lindner](#), Bundesvorsitzender der FDP, Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- (bis 7/2015) [Otmar Issing](#), ehem. Direktoriumsmitglied [Europäischer Zentralbankrat](#)

Quelle: ^[13]

Finanzen

Die Hayek-Gesellschaft finanziert sich über die [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (Stifter: Edmund Radmacher, Stiftungskapital: 3 Mio. Euro), Erträgen der Inge und Edmund Radmacher Stiftung für eine Gesellschaft freier Bürger mit Sitz in Düren (Stiftungskapital: 20 Mio. Euro) und Spenden. Das Budget liegt bei 450 Tsd. Euro. Der verstorbene Stifter Radmacher hat verfügt, dass die Mittel aus der Inge und Edmund Radmacher Stiftung nur so lange fließen wie sein Vertrauter Gerd Habermann, Vorstandsvorsitzender der Stiftung und Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, in der Hayek-Stiftung das Sagen hat.

Quellen: ^{[13][36][37]}

Verbindungen

Atlas Network

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das [Atlas Network](#). Dieses Netzwerk gründet, fördert und koordiniert weltweit neoliberale und libertäre Organisationen. Zu den Sponsoren gehören [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und die Stiftungen der US-Milliardäre [Charles G. Koch](#) und [David H. Koch](#).

Alternative für Deutschland (AfD)

Folgende AfD-Politiker sind/waren Mitglieder in der Hayek-Gesellschaft:

- (bis 02/2021) **Alice Weidel**, Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, stellv. AfD-Bundessprecherin
- **Beatrix von Storch**, Stellv. Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, stellv. AfD-Bundessprecherin
- **Peter Boehringer**, Sprecher des AfD-Bundesfachausschusses „Euro, Geld- und Finanzpolitik“, Vorsitzender im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags

Quelle: ^[13]

Die Familienunternehmer - ASU

Folgende Mitglieder/Funktionsträger von **Die Familienunternehmer - ASU** sind Mitglieder der Hayek-Gesellschaft oder mit ihr verbundenen Hayek-Stiftung:

- **Gerd Habermann**, ordnungspolitischer Berater der Familienunternehmer, ist Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft^[38]
- Marie-Christine Ostermann (FDP), Geschäftsführende Gesellschafterin bei Rullko Großeinkauf GmbH & Co. KG, Mitglied des Strategischen Beirats der Familienunternehmer und ehem. Bundesvorsitzende der "Jungen Unternehmer" bei den Familienunternehmern, ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft
- Thomas Bentz, Gesellschafter der Melitta Unternehmensgruppe Bentz KG, Kuratoriumsmitglied der Hayek-Stiftung, ist ehem. Vorsitzender der Familienunternehmer
- Volker J. Geers, Mitglied des Aufsichtsrats der Geers Hörakustik AG & Co. KG, Kuratoriumsmitglied der Hayek-Stiftung, ist ehem. Präsident der Familienunternehmer
- Thorsten Harke, Präsident der Harke Group, Stellv. Vorsitzender der Hayek-Gesellschaft, ist Stellv. Vorsitzender des Regionalkreises Ruhr der Familienunternehmer

Ludwig von Mises Institute

Die rechtslibertären **Mises Institute** sind **anarchokapitalistisch** ausgerichtet. Verbindungen gibt es zu den folgenden Instituten:

Ludwig von Mises Institut Deutschland

Thorsten Polleit, Präsident des deutschen Mises-Instituts, ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft und hält auf deren Veranstaltungen regelmäßig Vorträge.^[39] Der im April 2012 vom Milliardär **August von Finck** zum Chefökonom von Degussa Goldhandel ernannte Polleit hat im Oktober 2012 das deutsche Mises Institut gegründet, das seinen Sitz in der Residenz von Degussa Goldhandel München hat.^[40] Weiterhin ist er Adjunct Scholar am Ludwig von Mises Institute in Auburn, Alabama.^[41] Laut „Capital“ machte sich der Trump-Fan Polleit unmittelbar nach dem Sturm auf das Capitol für den Versuch rechtsextremer Republikaner stark, die Bestätigung des Wahlsiegers Biden durch die Einrichtung einer „Sonderkommission“ zu verhindern.^[42]

Ludwig von Mises Institute-Europe

Gerd Habermann, Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Mises Institute-Europe und Autor des Mises Instituts Deutschland.

Ludwig von Mises Institute Auburn/Alabama

Stephan Kooths, Vorstandsvorsitzender der Hayek-Gesellschaft ist Mitglied des Mises Institute USA.

Degussa Goldhandel GmbH

Die Degussa Goldhandel GmbH ist ein Unternehmen des Milliardärs [August von Finck](#), der in der Vergangenheit mehrfach durch hohe Parteispenden und die Unterstützung rechter oder konservativer Parteien und Organisationen aufgefallen ist. Markus Krall, Sprecher und Mitglied der Geschäftsführung der Degussa Goldhandels GmbH, und Thorsten Polleit, Chefökonom der Degussa Goldhandels GmbH, sind Mitglied der Hayek-Gesellschaft.^[43] Christophe Lüttmann, Leiter der Niederlassung Düsseldorf der Degussa Goldhandel GmbH, ist Vorsitzender des Hayek-Clubs Münsterland.^{[44][45]} Partner des Hayek-Clubs Münsterland sind u.a. das Ludwig von Mises Institut Deutschland und das Mises Institute Auburn/Alabama.

Hayek-Institut

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das österreichische [Hayek Institut](#)

Jenaer Allianz

[Gerd Habermann](#), Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft, ist Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen ([Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#)) mit Stiftungen und neoliberalen Denkfabriken kooperieren.

Liberales Institut Zürich

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das Liberale Institut Zürich^[46]

Lobbystrategien und Einfluss

Umwelt/Klimaschutz

Beim Thema Klimapolitik vertritt die Hayek-Gesellschaft überwiegend die Positionen der Leugner/Skeptiker des Klimawandels. So heißt es in einem auf der eigenen Webseite veröffentlichten Positionspapier vom 23. Februar 2010 mit dem Titel "Die Klimakatastrophe findet nicht statt":

"Da die Natur das Klima bestimmt, gibt es weder einen Grund, die CO2 Emissionen zu reduzieren noch für andere Zwangsmassnahmen und steuerliche Belastungen und Regulierungen auf nationaler und globaler Ebene".^[47]

Zu den Unterzeichner gehört der wissenschaftlich umstrittene [Fred Singer](#), der nach Einschätzung der ZEIT "Teil eines von der Industrie finanzierten Komplexes von Verbänden und Instituten (ist), der rund um Washington gewachsen ist. Eine Art Potemkinsches Dorf der Wissenschaft, bevölkert von bezahlten Experten, die den Interessen ihrer Auftraggeber dienen".^[48]

Michael Limburg, bekannter Klimaleugner, Vizepräsident des [Europäischen Instituts für Klima und Energie](#) (EIKE) sowie Mitglied der Hayek-Gesellschaft und der AfD, tritt bei Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft als Referent auf. Am 30. Oktober 2019 hielt er auf dem von der Hayek-Gesellschaft organisierten FORUM FREIHEIT 2019 einen Vortrag zum Thema „Klimasozialismus“.^[49] Limburg war der einzige Referent zu diesem Thema; seriöse Klimawissenschaftler waren nicht geladen. Die Moderation übernahm Carlos A. Gebauer, Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, der bereits 2010 in einem bei family.fair gesendeten Interview mit Limburg als dessen Stichwortgeber fungierte.^[50] Am 23. September 2019 referierte Limburg beim Hayek-Club Berlin zum Thema: „Kann unsere Energiewende das Klima retten?“^[51]

Zitat

Ob in der Hayek-Gesellschaft oder im breiten Diskurs der Öffentlichkeit – ich habe es nie gern gesehen, wenn Leute vor allem danach streben, sich in einem Biotop gleichgesinnter Ideologen zu bewegen, andere hart auf Linientreue zu testen und einander mit einfachen, möglichst scharfen Parolen hochzuschaukeln. Auch waren die Schriften Hayeks für mich nie eine Art Bibel, sondern schlicht ein wissenschaftliches Werk, mit dem sich zu befassen sehr lohnend ist. Ich halte Sektiererei für unwissenschaftlich und gefährlich. Wer ihr verfällt, pflegt häufig eine Opfermentalität; Andersdenkende sieht er als hassenswerte Subjekte und Teil einer fatalen Verschwörung. Vor einem apokalyptisch gemalten Hintergrund radikalisiert er sich, wird dogmatisch, selbstgerecht, gehässig, intolerant und respektlos. Ich halte das für eine ganz und gar nicht liberale Haltung. Sie ist schlicht anmaßend. Sie ist zudem auch wenig zweckmäßig, wenn es darum gehen soll, andere für den Wert der Freiheit zu erwärmen.

[Karen Horn](#), langjährige Vorsitzende der Hayek-Gesellschaft in der Begründung ihres Austritts im Juli 2015^[52]

Weiterführende Informationen

- [Quinn Slobodian: Hayeks Erben 21.07.2021](#)
- [Aktivitäten der Hayek-Stiftung und -Gesellschaft, Stand: September 2011](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Austritte aus der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), www.erklaerung-leipzig.de, abgerufen am 04.05.2020
- ↑ [Hayeks Erben](#), jacobin.de vom 21.07.2021, abgerufen am 18.09.2021
- ↑ [Hayek-Tage in Erfurt](#), hayek.de vom 9./10.2023, abgerufen am 03.09.2023
- ↑ [Forum Freiheit](#), hayek.de, abgerufen am 04.09.2023
- ↑ [Hayek-Tage 2015](#), hayek.de, abgerufen am 04.09.2023
- ↑ [Pressemitteilung 22.02.2024](#), hayek.de, abgerufen am 17.03.2024
- ↑ [Ein Heimatsender für die AfD](#), taz.de vom 06.02.2024, abgerufen am 17.03.2024

8. ↑ [Philipp Plickert: Liberaler Verein Austritte erschüttern Hayek-Gesellschaft](#), FAZ vom 14. Juli 2015, abgerufen am 04.05.2020
9. ↑ [Karen Horn verläßt Hayek-Gesellschaft](#), Junge Freiheit, 14. Juli 2015, Webseite abgerufen am 04.05.2020
10. ↑ [Karen Horn: Auf dem rechten Auge blind? Schweizer Monat](#), Juli 2015, Webseite abgerufen am 04.05.2020
11. ↑ [Exodus aus der Hayek-Gesellschaft: Streit unter Liberalen eskaliert](#), NZZ online vom 14. Juli 2015, aufgerufen am 04.05.2020
12. ↑ [„Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie“ tagt erstmals](#), badische-zeitung.de vom 12.07.2016, abgerufen am 04.05.2020
13. ↑ [13,013,113,213,3 Die Hayek-Gesellschaft-„Mistbeet der AfD“?](#), sueddeutsche.de vom 14.07.2017, abgerufen am 04.05.2020
14. ↑ [AfD-Streit zerreißt liberale Hayek-Gesellschaft](#). spiegel.de vom 31.01.2021, abgerufen am 31.01.2021
15. ↑ [Ist Hayek mit der AfD vereinbar?](#), faz.net vom 31.01.2021
16. ↑ [Mitglieder-Rundschreiben vom 30. Januar 2021](#), hayek.de, abgerufen am 01.02.2021
17. ↑ [Alice Weidel verläßt Hayek-Gesellschaft](#), faz.de vom 01.02.2021, abgerufen am 05.08.2021
18. ↑ [Wir hören zu/Gipfel der CDU/CSU-Fraktion](#), cducsu.de, abgerufen am 17.03.2024
19. ↑ [Homepage Gebauer](#), make-love-not-law, abgerufen am 04.05.2020
20. ↑ [Alternative für Deutschland Wahlkampfauftakt in Düsseldorf, eigentümlich frei](#), 3. September 2013, abgerufen am 04.05.2020
21. ↑ [GDP-Kreisverband Duisburg](#), fdp-duisburg, abgerufen am 09.02.2021
22. ↑ [Mises-Seminar 2018: Die Österreichische Schule der Nationalökonomie - von der Theorie in die Praxis](#), mises.de, abgerufen am 01.01.2022
23. ↑ [„Zur Maaßen-Partei? Bleibt lieber, wo ihr seid!“](#), welt.de vom 12.01.2024, abgerufen am 14.02.2024
24. ↑ [Orbans deutsche Stimme?](#), welt.de vom 20.04.2021, abgerufen am 19.09.2021
25. ↑ [Vorstandsmitglieder der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), Webseite Hayek-Gesellschaft, abgerufen am 14.02.2024
26. ↑ [Positionen Michael Wolgemuth](#), eucken.de, aufgerufen am 04.05.2020
27. ↑ [Asta fordert Titel-Entzug von Privatdozenten](#), ksta.de vom 24.01.2024
28. ↑ [Dr. Ulrich Vosgerau](#), vosgerau.legal.de, abgerufen am 18.03.2024
29. ↑ [Wer aus der CDU beim rechtsextremen „Geheimtreffen“ dabei war - und was die Partei dazu sagt](#), rnd.de vom 12.01.2024
30. ↑ [An einem Abend voller Widersprüche sorgt ein CDU-Mann mit bizarren Thesen für Aufsehen](#), focus.de vom 01.03.2024
31. ↑ [Ökosozialismus](#), youtube.com, abgerufen a, 18.03.2024
32. ↑ [Hayek-Tage in Erfurt](#), hayek.de vom 9./10.2023, abgerufen am 03.09.2023
33. ↑ [Hayek-Club Berlin](#), hayek.de vom 10.06.2020, abgerufen am 04.09.2023
34. ↑ [Austritte erschüttern Hayek-Gesellschaft](#), faz.net vom 14.07.2015, abgerufen am 04.05.2020
35. ↑ [Streitbare Geiser der Freiheit](#), faz.net vom 26.06.2015, abgerufen am 04.05.2020
36. ↑ [Langer Marsch von rechts](#), afdwatchafd.wordpress.com vom 18.09.2015, aufgerufen am 04.05.2020
37. ↑ [Nachruf Dr. Edmund Radmacher](#), hayek.de vom 20.05.2016, aufgerufen am 04.05.2020
38. ↑ [Profil](#), misesde.org, abgerufen am 04.05.2020
39. ↑ [Die EZB auf den Spuren der Reichsbank](#), youtube.com vom 09.07.2020, abgerufen am 06.08.2021
40. ↑ [Degussa und Antidemokratie](#), andreaskemper.org vom 05.05.2020, abgerufen am 06.08.2021
41. ↑ [Absolute Eigentumsrechte als ökologischer Imperativ](#), misesde. vom 18.11.2020, abgerufen am 06.08.2021

42. ↑ [Die deutschen Trumpisten haben nichts dazu gelernts](#), capital.de vom 06.08.2021, abgerufen am 06.08.2021
43. ↑ [Was Sie schon immer über Inflation wissen sollten](#), hayek-institut.at vom 14.04.2021, abgerufen am 13.09.2021
44. ↑ [Willkommen beim Hayek-Club Münsterland](#), freiheitswerte.de, abgerufen am 24.08.2021
45. ↑ [Goldankauf boomt](#), degussa-goldhandel vom 04.11.2020, abgerufen am 24.08.2021
46. ↑ [Links](#), libinst.ch, abgerufen am 04.05.2020
47. ↑ [Die Klimakatastrophe findet nicht statt, Webseite Hayek-Gesellschaft](#), abgerufen am 04.05.2020
48. ↑ [Die Klimakrieger. Wie von der Industrie bezahlte PR-Manager der Welt seit Jahren einreden, die Erderwärmung finde nicht statt](#). ZEIT online vom 28. November 2012, abgerufen am 04.05.2020
49. ↑ [FORUM FREIHEIT 2019](#), hayek.de, abgerufen am 04.05.2020
50. ↑ [Michael Limburg im Gespräch mit Carlos A. Gebauer über das Weltklima](#), Gloria.tv vom 24.04.2010, abgerufen am 04.05.2020
51. ↑ [Vergangene Veranstaltung](#), hayek-berlin.de, abgerufen am 04.05.2020
52. ↑ [Austritte aus der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), [www.erkaerung-leipzig.de](#), abgerufen am 04.05.2020

Walter Eucken Institut

Das **Walter Eucken Institut** ist ein Forschungs- und Beratungsinstitut mit einer wirtschaftsliberalen Ausrichtung, das bis 2015 eng mit der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) verbunden war. Alle Mitglieder des Vorstands sind auch Mitglieder der [Mont Pelerin Society](#), des weltweit größten neoliberalen Elitennetzwerks. Die Mitglieder des Instituts waren bis in die 90er Jahre in einer Vielzahl wissenschaftlicher Beratungsgremien der Bundes- und Landesregierungen sowie sonstiger regierungsnaher Institutionen vertreten. Die Bedeutung des Instituts in der Politikberatung hat in den letzten Jahren abgenommen.

Beim Walter-Eucken-Institut ist das Netzwerk [NOUS](#) angesiedelt, in dem sich die 2015 ausgetretenen Mitglieder der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) organisiert haben. Der Leiter des Instituts, [Lars P. Feld](#), ist Co-Vorsitzender von [NOUS](#). Partner des Instituts ist das [Atlas Network](#), das weltweit neoliberale und libertäre Organisationen gründet, fördert und koordiniert.

Walter Eucken Institut

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbreitung neoliberaler Ideen
Gründungsdatum	11. Januar 1954
Hauptsitz	Goethestr. 10, 79100 Freiburg
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	walter-eucken-institut.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	19
2 Beurteilung der wirtschaftlichen Macht	19
3 Organisationsstruktur und Personal	20
3.1 Mitglieder des Vorstands	20
3.2 Kuratorium	21
4 Finanzen	21
5 Links	22
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	22
7 Einzelnachweise	22

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Walter Eucken Institut wurde vier Jahre nach dem Tod von Walter Eucken von Freunden und Schülern mit Unterstützung des damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard am 11. Januar 1954 in der Rechtsform eines Vereins in Freiburg gegründet. Der radikal-neoliberale Ökonom [Friedrich August von Hayek](#) hat als erstes Vorstandsmitglied und danach Ehrenpräsident die Ausrichtung des Instituts maßgeblich geprägt. Hayek lehnt sowohl Korrekturen der Marktergebnisse unter sozialen Gesichtspunkten als auch die Bekämpfung wirtschaftlicher Macht durch staatliche Maßnahmen grundsätzlich ab. In der [Imagebroschüre 2019](#) findet sich unter „Die Gründungszeit des Walter Eucken Instituts“ ein Interview mit Hayek, in dem dieser sich zum Begriff „sozial“ wie folgt äußert: „Klar ist nur, daß eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft ist, ...soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit“.

Das Walter Eucken Institut versteht sich als Kompetenzzentrum für ordnungspolitische und ordnungsökonomische Grundlagenforschung.^[1] Zweck der Einrichtung sei es, diese Untersuchungen auf die praktische Umsetzung der Wettbewerbsordnung auszurichten und ordnungspolitisches Denken in die öffentliche Diskussion einzubringen. Es sollen Lösungswege für aktuelle tagespolitische Fragen sowie zur nachhaltigen Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft aufgezeigt werden. Zu den Veranstaltungen gehören Lehrveranstaltungen, die Walter Eucken-Vorlesung und die [Friedrich August von Hayek](#)-Vorlesung, Workshops und Symposien, Vorträge und Diskussionen sowie das Walter Eucken Research Seminar.

Beurteilung der wirtschaftlichen Macht

Eucken hat sich vehement für eine machtmindernde Wirtschaftspolitik ausgesprochen: "Erster Grundsatz: Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen".^[2] Nach seiner Auffassung wird wirtschaftliche Machtkonzentration in politische Macht umgemünzt und der Staat wird "von der Wirtschaft gefesselt".^[3] Nur die vollständige Konkurrenz auf dem Markt könne Machtkonzentrationen verhindern und dadurch die Freiheit garantieren. Diese Idee hält die Eucken-Gesellschaft unter dem Einfluss von F.A. von Hayek für realitätsfern. Der Frankfurter Publizist und Eucken-Enkel Walter Oswald meint, die Freiburger Schule habe sich nach Euckens Tod nicht weiterentwickelt. Die zentrale Kritik Euckens an der ökonomischen Macht sei vielmehr bei denen, die sich mit Eucken befassten, ganz aus dem Blickfeld getreten.^[4] Oswald aktualisiert die Vorstellungen von Eucken zum Problem der wirtschaftlichen und politischen Macht in dem von ihm herausgegebenen Buch "Walter Eucken Ordnungspolitik" (Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Münster 1999). Eine kritische Würdigung Euckens in der Süddeutschen Zeitung vom 24. Juni 2016 durch [Peter Bofinger](#), ehem. Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), kann [hier](#) abgerufen werden.

Das Walter Eucken Institut lässt keine Distanz zur wirtschaftlichen Macht erkennen. Vielmehr entsprechen seine Argumentationsmuster weitgehend denen der großen Wirtschaftsverbände, mit denen es auch personell verflochten ist. So ist [Karen Horn](#), langjährige Berliner Büroleiterin des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Think-Tank und PR-Agentur von BDI, BDA und deren Mitgliedsunternehmen fungiert, Mitglied des Kuratoriums des Walter Eucken Instituts. Eine Tochtergesellschaft des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ist die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), die 2005 gemeinsam mit der Financial Times Deutschland unter dem Motto "Die Klassiker Kompakt" eine gekürzte Fassung Walter Euckens

"Grundlagen der Nationalökonomie" herausgegeben hat. Das von Oswald geleitete [Walter Eucken Archiv](#) hat gegen diese Broschüre beim Landgericht Frankfurt eine einstweilige Anordnung erwirkt mit der Begründung, es handle sich um eine "verfälschende Kurzfassung", die sich in einer "Grauzone zwischen Journalismus, Werbung und Lobbypolitik" bewege, denn auch die INSM sei an der Herausgabe beteiligt.^[5] Partner des Walter Eucken Instituts ist das [Atlas Network](#), das von [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und den Stiftungen der US-Milliardäre Gebrüder Koch gesponsert wird.

Im Gegensatz zu Eucken, der zur Einschränkung wirtschaftlicher Macht als zentralem Problem einer Gesellschaft sogar die Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen für geboten hält, sieht [Lars P. Feld](#), der Leiter des Walter Eucken Instituts, auf diesem Gebiet keinen Handlungsbedarf. Der deutsche Staat verteile so stark Einkommen um wie kaum ein anderes Land und die Behauptung, dass mächtige wirtschaftliche Interessengruppen einen größeren und für die Massen schädlicheren Einfluss hätten als linke Protestgruppen und Bürgerforen, sei schlicht falsch.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Die Leitung des Instituts ist seit 2001 mit dem damals geschaffenen Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik verknüpft.^[7] Das vom Land Baden-Württemberg finanzierte Institut wird von einem Verein getragen, zu dessen Gremien das Kuratorium gehört. Wegen der Verbindung von Lehrstuhl und Institut kann das Kuratorium die Besetzung der Institutsleitung und die des Lehrstuhls beeinflussen.

Mitglieder des Vorstands

- [Lars P. Feld](#) (Direktor), Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg
 - (2011-2021) [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR): Mitglied
 - [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#): Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied
 - [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#): Präsidiumsmitglied
 - Netzwerk [NOUS](#): Co-Vorsitzender
 - [ECONWATCH](#): Kuratoriumsmitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#): Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Mitglied
 - „Kronberger Kreis“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#): Sprecher
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#): Mitglied
 - (bis 7/2015) [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- Viktor Vanberg (Senior Research Associate), emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, bis August 2010 Leiter des Instituts
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Stiftungsrat
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Beirats
 - [Mont Pelerin Society](#), Mitglied

Kuratorium

- Gerhard Kempter (Vorsitzender), Geschäftsführer der Kempter Financial Management GmbH, Freiburg, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Volksbank Freiburg, ehemaliges Vorstandsmitglied des Verbandes unabhängiger Vermögensberater (VuV)
- [Karen Horn](#) (Stellv. Vorsitzende), ehemalige Leiterin des Hauptstadtbüros des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)
 - Netzwerk [NOUS](#): Co-Vorsitzende
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Stellv. Vorstandsvorsitzende
 - [Herbert-Giersch-Stiftung](#): Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich-Naumann-Stiftung](#): Vertrauensdozentin
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - (bis 7/2015) [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): Vorsitzende des Vorstands
- Susanne Hübschmann, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
- Wolfgang Kerber, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Universität Marburg, ehem. Leiter des Walter Eucken Institut
- Kerstin Krieglstein, Rektorin der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Günter Knieps, ehem. Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaften und Regionalpolitik an der Universität Freiburg
- [Christoph Schaltegger](#), Ordinarius für Politische Ökonomie an der Universität Luzern
 - [European Public Choice Society](#): Mitglied des Vorstands
 - [Economiesuisse](#) (Dachverband der Schweizer Wirtschaft): ehemaliger Leiter des Bereichs Finanz- und Steuerpolitik sowie Mitglied der Geschäftsleitung
- Burkhard Knospe, Vorstandsvorsitzender der Testo AG

Finanzen

Das Land Baden-Württemberg als finanzieller Träger des Instituts hat 2001 beschlossen, nicht nur den Institutsetat aufzustocken, sondern darüber hinaus eine C 3- Professur für Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt Ordnungspolitik einzurichten.^[8] Der Lehrstuhlinhaber leitet auch das Institut.

Weitere finanzielle Mittel erhält das Institut über den 2007 gegründeten [Aktionskreis Freiburger Schule e.V.](#) Neben den Mitgliedern finden sich im Förderkreis auch Freunde, Förderer und Donatoren, die die Arbeit des Instituts finanziell unterstützen.^[9]

Vorsitzende des Förderkreises ist Margot Selz, Dr. Selz Immobiliengruppe. Auf der Website des Förderkreises werden die folgenden Donatoren, jeweils mit Sitz in Freiburg, benannt (Stand: Februar 2017):

- Daimler AG
- EKATO Holding GmbH
- Willy Kempter Beteiligungsgesellschaft
- KNF Neuberger GmbH
- Sparkasse Freiburg – Nördlicher Breisgau
- Volksbank Freiburg

Zu den auf der Website genannten Förderern gehört die Deutsche Bundesbank, an deren Präsidenten Jens Weidmann 2020 die Walter-Eucken-Medaille verliehen worden ist. ^{[10][11]}

Links

Unter [Links international](#) werden u.a. genannt: [Mont Pelerin Society](#), [Institute of Economic Affairs](#) sowie das [Acton Institute for the Study of Religion and Liberty](#) und die [Heritage Foundation](#), die den Klimawandel leugnen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Profil](#), eucken.de, abgerufen am 25.02.2017
- ↑ Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Auflage, Tübingen 1990, S. 334.
- ↑ Jakob Augstein: Das umstrittene Erbe Walter Euckens, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994, S. 34
- ↑ Augstein, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994
- ↑ Interessenklassenkampf, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Januar 2005, veröffentlicht auf der Website des Walter Eucken Archiv, abgerufen am 22. 12. 2011
- ↑ [Lars P. Feld: Die Mär von der Postdemokratie](#), in: [Cicero](#), 26. Februar 2014, Webseite Cicero, abgerufen am 2. 5. 2014
- ↑ [Uni Freiburg: Euckens Erben](#), [Badische Zeitung vom 24. April 2009](#), Website der Badischen Zeitung, abgerufen am 27.02.2017
- ↑ Jahresbericht 2001 des Instituts, S.3
- ↑ Jahresbericht 2007 des Instituts, S. 54
- ↑ [Fördermitglieder](#), eucken.de, abgerufen am 16.08.2021
- ↑ [Verleihung der Walter-Eucken-Medaille an Jens Weidmann](#), eucken.de, abgerufen am 16.08.2021

Roman Herzog Institut

Das **Roman Herzog Institut** ist ein Think tank, bezahlt von [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw) und dem [Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie](#) (vbm).

Roman Herzog Institut

[[Bild:<date>|center]]

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Denkfabrik der bayerischen Arbeitgeber
Gründungsdatum	<text>
Hauptsitz	Max-Joseph-Straße 580333 München
Lobbybüro	
Lobbybüro	<text>

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	23
2 Organisationsstruktur und Personal	23
2.1 Träger	23
2.2 Kooperationspartner	23
2.3 Vorstand	23
2.4 Geschäftsführer	24
2.5 Wissenschaftlicher Beirat	24
2.6 Experten	24
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	24
4 Einzelnachweise	24

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Institut entwickelt im Namen des ehem. Bundespräsidenten **Roman Herzog** Reforminitiativen aus der Sicht der bayerischen Arbeitgeber. Zu den Aktivitäten des Instituts gehören Publikationen, Veranstaltungen und eine Impulsbörse. Auf einen eigenen Verwaltungsapparat wird weitgehend verzichtet, die Organisation des Instituts bleibt hauptsächlich virtuell.

Organisationsstruktur und Personal

Träger

Träger sind:

- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw) (vertritt 90 bayerische Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie 27 Einzelunternehmen)
- [Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie](#) (vbm)

Kooperationspartner

Kooperationspartner ist das arbeitgebernahe [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW)

Vorstand

Vorsitzende
r

[Randolf Rodenstock](#)

- Rodenstock GmbH, Vorsitzender des Aufsichtsrats
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#), ehem. Präsident
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), Botschafter

Wolfram Hatz

- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw), Präsident

(Stand: Februar 2023) Quelle: ^[1]

Geschäftsführer

Geschäftsführer ist Bertram Brossardt, Geschäftsführer der [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#)

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Experten

Die Experten sind [hier](#) abrufbar.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- [↑] [Der Vorstand](#), romanherzoginstitut.de, abgerufen am 04.03.2023

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine markliberale Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1]

Die INSM verfügt nach eigenen Angaben seit mehreren Jahren über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von Gesamtmetall zur Verfügung gestellt werden.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3] Der Kuratoriumsvorsitzende der INSM, Stefan Wolf (CDU-Mitglied), ist Präsident von [Gesamtmetall](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlinger AG^[4] und Vorstandsmitglied des [Verbandes der Automobilindustrie](#) (VDA).

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen. Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitet bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wird.^[5]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[6]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte	26
2 Eingeschaltete Agenturen	26
3 Ziele	27
4 Organisationsstruktur und Personal	28
4.1 Geschäftsführer	28
4.2 Prokurist	28
4.3 Kommunikationschef	28
4.4 Public Affairs	28
4.5 Lobbyist:innen	28
4.6 Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen	29
4.7 Beirat	29
4.8 Kuratorium	29
4.9 Botschafter	29
4.10 Wissenschaftliche Beratung	33
4.11 ÖkonomenBlog	33
4.12 Förderverein	33
5 Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit	34
5.1 Kampagnen	34
5.2 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	35
5.3 Studien	36
5.4 Reformbarometer/Rankings/Monitore	36
5.5 Veranstaltungen	36
5.6 Fernsehen und Hörfunk	36
5.7 Medienkooperationen	36
5.8 Unterrichtsmaterialien und Bildung	37
5.9 Weitere mediale Mittel	37

6 Kritik an der INSM	37
6.1 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz	37
6.2 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin	38
6.3 Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz	38
6.4 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	38
6.5 Verhältnis zu den Medien	39
6.6 Eigene Außendarstellung der INSM	40
6.7 Schleichwerbung	40
6.8 Einschüchterung von Medien	40
6.9 Einwirkung auf Suchmaschinen	40
6.10 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	41
6.11 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"	41
7 Zitate	41
8 Weiterführende Informationen	41
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	42
10 Einzelnachweise	42

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[7] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr /INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[8] 2007 firmiert die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Eingeschaltete Agenturen

Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die seit 2011 zur [WPP Group](#) gehört. Scholz & Friends hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[9] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumerry](#) für Werbung und PR zuständig.^[10] Blumerry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#), die wiederum zur [WPP Group](#) gehört. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco Campus Communications GmbH](#). Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel ist es, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[11] ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[12] Gemeinsam mit der INSM erarbeitet ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst Twitter, um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[13] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[14] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[15] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[16]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen

- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: ^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

- Thorsten Alsleben, zuvor Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU. Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[18] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[19]

Ehemalige Geschäftsführer^[20]:

- Hubertus Pellengahr, ehem. Geschäftsführer des [Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels](#) (HDE)
- [Tasso Enzweiler](#), ehem. Chefreporter bei der "Financial Times Deutschland", wechselte nach seinem Ausscheiden bei der INSM als Managing Director zur PR-Agentur [Hering Schuppener](#), wurde danach Geschäftsführer bei [Ketchum Pleon](#) Deutschland und gründete 2013 die Managementberatung [Enzweiler & Partner](#)
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim [BDI](#)
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Prokurist

Michael Burbach (Stand: 02/2023)^[21] ist gleichzeitig Prokurist des Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH^[22]

Kommunikationschef

Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung^[23]

Public Affairs

Cheflobbyist ist Stephan Einenckel, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)

Lobbyist:innen

Im deutschen Lobbyregister gibt die INSM an, (Stand: 09.08.2022) 1- 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[24] Die folgenden weiteren Lobbyisten werden namentlich genannt: Jörg Sautner, Florian Hennet, Johannes Eber

Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen

Philipp Despot, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[25] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist Stefan Wolf
 - auch Kuratoriumsmitglied der INSM
 - Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#)

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums ist Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlingerAG, Vorstandsmitglied des [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA), Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (VDA), Vorsitzender des Beirats der INSM

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[26]

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[27] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion.

Nam

e

Rola

nd Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Kon](#)
[Berg](#) vent für Deutschland

er

Chri

stop

h Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich

Bur Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von

man Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)

n

Dom

iniqu

e Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021Geschäftsführende

Döttl Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft

ing

Florian Gerscher

Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)

Martin

Kannegiesser

Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

Otm

ar

Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

g

Oswald

Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der [Metz Die Familienunternehmer - ASU](#)

ger

Arend

Oetker

Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke

Walter

her

Otremba

Karl-

Heinz

z

Paqu

é

Bern

d

Raff

elhü

sche

n

Arnd

t

Raut

enbe

rg

Ran

dolf

Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke [G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#), ist bzw. war in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem

Rod INSM-Finanzier **Gesamtmetall** und der INSM-Muttergesellschaft **Institut der deutschen Wirtschaft(IW)**
enst jeweils als Vizepräsident, Mitglied der **Ludwig-Erhard-Stiftung** und des **Wirtschaftsforums der FDP**
ock

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU),
Schr Stellv. Leiterin der Denkfabrik **REPUBLIK21 e.V.**

öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der **Stiftung Marktwirtschaft**, Ehrenmitglied des **Wirtschaftsrates der**
Sch **CDU** und ehem. Vorstandsvorsitzender der **Altana AG** sowie ehem. Vorsitzender der **Altana**
weic **Kulturstiftung** gGmbH und der **Herbert Quandt-Stiftung**
kart

Jürg

en Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der **Europäischen Zentralbank (EZB)**, Mitglied des
Star Kuratoriums der **Bertelsmann Stiftung**, Mitglied des Beirats der **Aktionsgemeinschaft Soziale**
k **Marktwirtschaft**

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der **Initiative D21**, Mitglied
Stau des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der SPD

dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des **Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)**, Mitglied des
Stra Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU**, Mitglied des Kuratoriums der **Friedrich-**
ubha **Naumann-Stiftung**, Mitglied des Beirats des **Institut für Unternehmerische Freiheit**
ar

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[29]

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

Na

me

Arn Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe **Friedric**
ulf **h-Naumann-Stiftung** sowie die **Konrad-Adenauer-Stiftung** und ist Mitglied des
Bari Kuratoriums der Stiftung **Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie**
ng **Gesellschaft**

Mar

ie-

Luis (siehe Förderverein)
e

Döt

t

Joh Staatssekretär a.D., Direktor des **Institut für Wirtschaftspolitik** an der Uni Köln,
ann Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU**, bis Ende am 3. März 2013
Eek 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der **Stiftung Marktwirtschaft**, Mitglied verstorben
hoff der **Ludwig-Erhard-Stiftung**

Mic

hae

| CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009

Glo

s

Pau

| ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), setzt sich für eine

Kirc Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben

hho großer Vermögen" entlastet^[30]

f

Ebe

rhar Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich,

d ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und

von Aufsichtsratsvorsitzender von [ABB](#), 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der

Kör Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler [Helmut Kohl](#)

ber

ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem.

Rolf Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der](#)

Peff [gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des [Wissenschaftlicher](#)

eko [Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), des Wissenschaftlichen Beirats

ven der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) und des Beirats der [D](#)

[Z BANK AG](#)

Chri

stin

e

Sch

eel

ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der [CNC](#)

[Communications & Network Consulting](#))

trat im Dezember

2004 aus der INSM aus

^[31], beteiligte sich

aber auch danach

noch an deren

Kampagnen^[32]

Lot CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der [Jenoptik](#),

har ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank [Me](#) am 18. März 2016

Spä [rrill Lynch](#), ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Herrenknecht AG](#), beriet verstorben

th zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen.^[33]

Ed

mu

nd

Stoi

ber

ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-

Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007

verließ die INSM nach

deren Kritik an den

Agrarsubventionen

Han ehem. Präsident der [Deutschen Bundesbank](#), Mitglied der Kuratoriums der [Kon](#)

s [rad-Adenauer-Stiftung](#), der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), der [Stiftung](#)

Tiet [Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik](#) und Mitglied der [Ludwig-](#)

me [Erhard-Stiftung](#)). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der

yer INSM.^[34]

am 27. Dezember

2016 verstorben

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem Institut für Demoskopie Allensbach^[35] - zusammen.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[36] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten:

- [Hans Tietmeyer](#) (Vorstand bis 2014) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)
- [Florian Gerster](#) (ab 2009 Vorstand), SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des [Bundesverband Briefdienste](#), ehem. Vorsitzender der [Bundesanstalt für Arbeit](#) - heutige Bezeichnung [Bundesagentur für Arbeit](#) (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur [WMP Eurocom](#) entlassen)
- [Johanna Hey](#), Direktorin des [Institut Finanzen und Steuern](#) und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des [Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#), Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#). Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch"^[37]
- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah^[38], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Roman Herzog Institut](#), Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- [Friedrich Merz](#), Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung
- Dieter Rickert (Vorstand) "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für markliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung [Liberales Netzwerk](#)
- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen

- **Carl-Ludwig Thiele**, Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der **Deutschen Bundesbank**, Kuratoriumsmitglied des **Institut Finanzen und Steuern**, bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Quelle: ^[39]

Weitere Mitglieder waren:

- **Michael Hoffmann-Becking**, Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät **Hengeler Mueller**, Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP** und Gesellschafter der **FAZIT-STIFTUNG**
- **Marie-Luise Dött**, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende **Bund Katholischer Unternehmer**, Mitglied der **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen**

Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Bei wichtigen Kampagnen werden **PR-Agenturen** eingeschaltet - so im August 2012 die Agentur **Serviceplan Public Opinion** bei der "Energiewende-Kampagne" und zuvor beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne".

Eine weitere Rolle kommt den Reformbarometern/Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu.

Kampagnen

Die INSM hat die folgenden Kampagnen organisiert^[40]:

- 12 Fakten zur Klimapolitik
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
- Kampagne: Nachhaltige Rente
- Steuern senken - jetzt
- Gerecht durch Marktwirtschaft
- Rente muss gerecht bleiben
- Große Aufgaben
- Das Deutschland Prinzip
- Werkverträge und Zeitarbeit
- Chancen für alle
- Mindestlohn
- Generationengerechtigkeit
- Chance2020
- Gerechtigkeit
- Energiewende
- Wachstum
- Projekt Vollbeschäftigung
- Besser Sparen
- 16 Prozent auf alles

(Stand: August 2019)

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.^[41] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.^[42] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.^[43]

Klimapolitik

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik^[44] richtet sich gegen die CO₂-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vorallem der Industrie fossiler Energieträger zugute käme. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom.^[45]

Mindestlohn

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen^[46]. In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.^[47] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.^[48]

Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immerwieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig blieben. Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim Institut für Demoskopie Allensbach, mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.^[49]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.^[50]

Anlässlich der vergangenen Wahl veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[51] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[52]

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die zumeist von [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber:innen an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder als Überregulierung negativ bewertet.

Städteranking Das Städteranking wird von der [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Consult GmbH im Auftrag der [Wirtschaftswoche](#) und Immobilienscout 24 erstellt (früherer Auftraggeber war auch die INSM)

Bildungsmonitor In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) im Auftrag der INSM erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet.

Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.^[53]

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner:innen sowie Expert:innen für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen.

Medienkooperationen

Kurz nach ihrer Gründung war es der INSM gelungen, eine Vielzahl von Medien in gemeinsame Projekte (Umfragen, Rankings, Publikationen, Veranstaltungen) einzubinden. Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind diese Projekte ganz überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[54] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFTSDEBATTE.^[55]

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. [Wirtschaft und Schule](#) heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschüler:innen, Realschüler:innen, Gymnasiast:innen und Berufsschüler:innen ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.^{[56][57][58]} Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes. Herausgeber des Lehrerportals ist die IW Medien, eine Tochter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), dem Alleingesellschafter der INSM. Bis 2014 war die INSM unmittelbar für das Portal verantwortlich.

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.^[59]

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt [Wir erklären die Wirtschaft](#)^[60]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.^[61]

Weitere mediale Mittel

Des weiteren nutzt die INSM Anzeigenkampagnen, Presseinfos, Broschüren, Magazine, Büchern, Plakataktionen und das INSM-Lexikon.

Kritik an der INSM

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.^[62]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[63] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das „*sachlichen Grundlagen entbehre*“.^[64] Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans Jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[65]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: [Arbeitgeberverband Gesamtmetall](#); [Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft](#); [BDA Die Arbeitgeber](#); [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#); [BAVC – Die Chemie Arbeitgeber](#); [BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft](#); [BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen](#); [Die Familienunternehmer](#); [BDL –](#)

Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen; Markenverband; Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie; VDM Verband Deutscher Metallhändler; VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer; VdR – Verband der deutschen Rauchtobakindustrie; VKE-Kosmetikverband; WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.; Wirtschaftsvereinigung Metalle; ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe; Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks; ZVEI Die Elektroindustrie

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei die Grünen.^[66] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende „Staatsreligion“ betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print wie online) und auf „ZEIT ONLINE“. Die von der INSM angeführten angeblichen „Verbote“ wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[67] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmysen und die orientalistische Bildsprache.^[68] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[69] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des „Mundtot-Machens“ zurück.^{[70][71]} Schon im Januar startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz in das Wahljahr. Für die Kampagne wurden ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[72]

Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz

Die [Anzeigenkampagne gegen Scholz](#) vom Februar 2021 wird von der Wirtschaftswoche wie folgt beschrieben: „Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß. Stattdessen in dieser Woche: „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ – eine oberlehrerhaft-kraftmeiernde [Kampagne gegen den Vizekanzler, Finanzminister und Kanzlerkandidaten der SPD](#), hart an der Grenze zur Desinformation und Denunziation: Scholz „bläht den Haushalt auf“ und „sägt an der Schuldenbremse“, lässt „Unternehmen im Regen stehen“ und verspricht „Hilfsgelder“, die bei den Betroffenen nicht ankommen – gerade so, als hätte das seit Monaten vor sich hin dilettierende Exekutivmanagement der Christdemokratie mit alledem rein gar nichts zu tun: Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Jens Spahn und Peter Altmaier.“^[73]

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[74] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“ Unterschrieben war die Anzeige mit dem Kürzel: „insm.de“.

Damit erweckt die INSM laut „Spiegel Online“ den Eindruck, dass die Reichensteuer nun auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Davon könne jedoch keine Rede sein. Als Reichensteuer werde gemeinhin ein Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz bezeichnet, der zur Zeit bei 42 Prozent liegt. Die Reichensteuer von 45 % greife ab 256.303 Euro zu versteuerndem Einkommen, was im Jahr 2012 gerade einmal 73.000 Steuerzahler:innen betroffen habe.

Die Anzeige der INSM lege nahe, dass die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben werde, was nicht zutreffe. Tatsächlich soll ab diesem Schwellenwert künftig der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig gewesen sei. Der Tarifanstieg würde bis zu diesem Punkt also sogar geringer ausfallen. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Spitzensteuersätze nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für den Teil jenseits der Grenzwerte gelten. So falle beispielsweise ein lediger Alleinverdiener mit 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen heute zwar unter den Spitzensteuersatz, insgesamt betrage die Steuerlast aber nur rund 29 Prozent.

Laut „Spiegel Online“ hat die INSM ihre Behauptung inzwischen relativiert. Es heiße jetzt, die SPD wolle „den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken“.

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005^[75] kritisiert ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen." Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[76] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipienten gelangt sind. Es überrasche angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalist:innen die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Zahlreiche Journalist:innen und Medien haben sich auf Kampagnen der INSM eingelassen, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ des ARD-Magazins Plusminus vom 13. Oktober 2005^[77] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung „Die Welt“. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!“ Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[78]

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie) begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[79] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[80] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[81]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[82] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[83]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte die INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden. ^[84]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"

Im Sommer 2019 startete die INSM mit „12 Fakten zur Klimapolitik“ eine Kampagne zum Thema Klimaschutz. Die INSM wendet sich damit gegen eine CO₂-Steuer und stellt Bemühungen auf nationaler Ebene als wirkungslos und überflüssig dar ^[85]. Die Darstellung rief Kritik hervor, etwa durch Volker Quaschnig, Professor an der HTW Berlin ^[86]. Bereits 2012 hatte die Initiative gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobil gemacht. Sie forderte eine Umsetzung der Energiewende innerhalb eines "marktwirtschaftlichen Rahmens", die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien und stattdessen die Etablierung eines "Wettbewerbsmodells" ^[87].

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können.“ Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[88]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.

- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ [Wer trägt die INSM?](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017 und 22.06.2021
3. ↑ [Trau schau wem](#), igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ [#ShowMEyourdesk mit Stefan Wolf](#), suedwestmetall.de, abgerufen am 22.06.2021
5. ↑ [Pressemitteilung vom 31.01.2019](#), abgerufen am 23.06.2021
6. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
7. ↑ [Alles über die INSM](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
8. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, [www.bundesanzeiger.de](#), abgerufen am 18.04.2017
9. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
10. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
11. ↑ [\[1\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
12. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
13. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
14. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
15. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
16. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
17. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
18. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
19. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
20. ↑ Thomas Leif: beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater, München 2006, S. 290
21. ↑ [Eintrag im Handelsregister des AG Charlottenburg, Abruf am 24.02.2023
22. ↑ Eintrag im Handelsregister des Amtsgerichts Köln, Abruf vom 24.02.2023
23. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023

24. ↑ [INSM](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 17.09.2022
25. ↑ [Speth: Strategien](#), S. 30
26. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
27. ↑ [Speth: Die politischen Strategien](#), S. 29
28. ↑ [Pressemitteilung vom 13.11.2003](#), presseportal.de, abgerufen am 21.12.2020
29. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
30. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
31. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Handelsblatt vom 1. Dezember 2004](#), Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
32. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
33. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
34. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
35. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
36. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812](#), Abdruck vom 13.02.2017
37. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch, Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006](#), Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
38. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), Der Spiegel vom 13. November 2011
39. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
40. ↑ [\[Kampagnen\]](#), insm.de, abgerufen am 27.01.2019
41. ↑ [\[2\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
42. ↑ [\[3\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
43. ↑ [\[4\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
44. ↑ [\[5\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
45. ↑ [\[6\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
46. ↑ [\[https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ein-politischer-mindestlohn-beschneidet-die-tarifautonomie\]](https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ein-politischer-mindestlohn-beschneidet-die-tarifautonomie), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
47. ↑ [\[7\]](#), Tilman Steffen, Lobbyisten im Lehrerzimmer, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
48. ↑ [\[8\]](#), Bastian Brinkmann: Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo, 07.01.2021, SZ, abgerufen am 17.06.2021
49. ↑ [\[9\]](#), Reiner Heyse, ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran, heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
50. ↑ [\[10\]](#), Christian Stöcker, Komm, wir kaufen uns einen Kanzler, 13.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021
51. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
53. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
54. ↑ [\[11\]](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
55. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
56. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenzen: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements, NachDenkSeiten, 4. Januar 2006](#), Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011

57. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bielefeld 2011](#)
58. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
59. ↑ [\[12\], Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor, 16.08.2019, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021\]](#)
60. ↑ [Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007, Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011](#)
61. ↑ [\[13\] KAS. Das Kolleg, abgerufen 18.06.2021\]](#)
62. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022](#)
63. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022](#)
64. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022](#)
65. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022](#)
66. ↑ [\[14\], Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021](#)
67. ↑ [\[15\], 14.06.2021, Tagesschau.de, abgerufen am 17.06.2021](#)
68. ↑ [\[16\], Assheuer u.a.: Mit allen Mitteln, 15.06.2021, ZEIT ONLINE, abgerufen am 17.06.2021](#)
69. ↑ [\[17\], Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021](#)
70. ↑ [\[18\], Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021](#)
71. ↑ [\[19\], Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021](#)
72. ↑ [\[20\] Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!, 21.02.2021, Wirtschaftswoche, abgerufen am 18.06.2021](#)
73. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!, wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021](#)
74. ↑ [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen, 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017](#)
75. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht, MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011](#)
76. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit, Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011](#)
77. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – Wie unabhängig sind Journalisten?, 2005-10-14 , zitiert nach Fulda Wiki, abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist](#)
78. ↑ [\[21\], Alexander Krei: INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ", 16.06.2021, DWDL.de, abgerufen am 17.06.2021](#)
79. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
80. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
81. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
82. ↑ [Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017](#)
83. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007, Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011](#)

84. ↑ Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
85. ↑ 12 Fakten zur Klimapolitik INSM am 27.06.2019, abgerufen am 15.08.2019
86. ↑ Faktencheck der "12 Fakten zum Klimaschutz" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM Volker Quaschnig am 17.07.2019, abgerufen am 15.08.2019
87. ↑ Die Energiewende braucht Soziale Marktwirtschaft. Ein Wettbewerbsmodell für Erneuerbare Energien INSM am 09.09.2012, abgerufen am 15.08.2019
88. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.

Joachim Starbatty

Joachim Starbatty (*9. Mai 1940 in Düsseldorf), emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre mit wirtschaftsliberalen Vorstellungen sowie Kritiker von Euro und EU. Starbatty ist Europaabgeordneter der [Alternative für Deutschland](#) (AfD) und war jahrelang Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#). Er klagte vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Einführung des Euro, gegen den Lissabon-Vertrag, gegen den ESM-Vertrag und die Staatsanleihekäufe der Europäischen Zentralbank. 2015 trat er aus der AfD aus und wurde Mitglied der neu gegründeten Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA). Er ist Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	45
2 Politische Aktivitäten	46
3 Aktivitäten in wirtschaftsliberalen/marktradikalen Netzwerken	46
4 Wirken	46
4.1 Fallbeispiel	46
5 Zitate	46
6 Weiterführende Informationen	46
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	47
8 Einzelnachweise	47

Karriere

- 1991 - 11/2014 Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- 1983-2006 Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Uni Tübingen
- 1976 Professor für Wirtschaftspolitik an der Uni Bochum
- 1975 Habilitation
- 1969-1972 Wissenschaftlicher Referent bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für internationale Wirtschafts- und europäische Währungspolitik
- 1967 Promotion bei [Alfred Müller-Armack](#)
- Studium der Volkswirtschaftslehre und Politische Wissenschaften an den Universitäten Freiburg und Köln

Quelle: ^[1]

Politische Aktivitäten

- seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments für die [Alternative für Deutschland](#) (AfD), Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET) des EU-Parlaments
- 2013 - 2015 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der [Alternative für Deutschland](#) (AfD)
- 1994 Kandidatur bei der Europawahl 1994 für den Bund Freier Bürger
- 1970 - 1972 Wissenschaftlicher Referent bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Quelle: ^[2]

Aktivitäten in wirtschaftsliberalen/marktradikalen Netzwerken

- [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), 1991 - 11/2014 Vorsitzender des Vorstands
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- [Open Europe Berlin](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Mont Pelerin Society](#), Mitglied
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Alternative für Deutschland](#) (AfD), Europaabgeordneter (2015: Austritt aus der AfD und Eintritt in die neue gegründete Partei ALFA)
- [Rationalisierungs- und Innovationszentrums der Deutschen Wirtschaft](#) e.V. (RKW), Mitglied des Kuratoriums
- [Jenaer Allianz](#), Mitautor des am 20. Juni 2008 präsentierten Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft vom 25. Oktober 2012

Quellen: ^[3]^[4]^[5] ^[6],

Wirken

*In den 1990er Jahren war Starbatty Mitglied und Listenkandidat zur Europawahl der rechtspopulistischen Partei "Bund freier Bürger - Offensive für Deutschland", die von dem Euro-Gegner und Milliardär [Baron August von Finck](#) finanziert wurde. ^[7] ^[8]

Fallbeispiel

Zitate

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Kuratorium Open Europe Berlin, Website [openeuropeberlin](#), abgerufen am 26. März 2013
2. ↑ Angaben Kandidatur für das Europaparlament, Webseite AfD, abgerufen am 5. 9. 2014
3. ↑ Profil Europabüro der Alternative für Deutschland, abgerufen am 5. 9. 2014
4. ↑ Erklärung der finanziellen Interessen, Profil auf der Webseite des Europäischen Parlaments, abgerufen am 5. 9. 2014
5. ↑ Angaben Kandidatur für das Europaparlament, Webseite AfD, abgerufen am 5. 9. 2014
6. ↑ Webseiten der genannten Organisationen
7. ↑ Jens Berger: Können Marktradikale und Nationalchauvinisten eine "Alternative für Deutschland sein? Nachdenkseiten 15. März 2013
8. ↑ Biografie August von Finck Who's Who, Website [whoswho](#), abgerufen am 26. März 2013

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbreitung neoliberaler Ideen
Gründungsdatum	23. Januar 1953
Hauptsitz	Tübingen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.asm-ev.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	48
2 Alexander Rüstow	48
3 Organisationsstruktur und Personal	48
3.1 Vorstand	48
3.2 Beirat	49
4 Kooperationen	50
5 Förderer	50
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	50
7 Einzelnachweise	50

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. (ASM), ein eingetragener Verein mit Sitz in Tübingen, wurde 1953 als eine Vereinigung von Wissenschaftlern, Unternehmern, Verbänden und Privatpersonen gegründet.^[1] Nach eigenen Angaben setzt sich die ASM für den Schutz und die Förderung des Privateigentums, die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers und den Leistungswettbewerb als Grundlage einer gerechten Gesellschaft ein. Die Soziale Marktwirtschaft wolle die Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich verbinden. Doch erst die marktwirtschaftliche Leistung mache sozialen Fortschritt möglich. Der einzelne Mensch werde nicht allein gelassen, doch dürfe ihm die individuelle Verantwortung nicht abgenommen werden. Die ASM organisiert Veranstaltungen, erstellt Publikationen (Schriftenreihe „Marktwirtschaftliche Reformpolitik“) und verleiht die „Alexander Rüstow-Plakette“.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Ausbildung der jungen Generation verfolgt die ASM das Projekt "Soziale Marktwirtschaft im Unterricht". Dabei sollen auch der Gedanke einer Weiterentwicklung von Regeln im Sinne des neoliberalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) didaktisiert werden.^[2]

Alexander Rüstow

Alexander Rüstow (geboren 1885 in Wiesbaden, gestorben 1963 in Heidelberg) war bis 1962 Vorsitzender und danach Ehrenvorsitzender der ASM. Er war ein aufgeklärter und differenziert denkender Wirtschaftsliberaler, der den Markt zwar als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, nicht jedoch als Allheilmittel betrachtete:

„Der schwerste Fehler des Liberalismus liegt in seinem Pseudouniversalismus, seiner Blindheit für die Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die seine Geltung begrenzen“.^[3]

Aus der Erkenntnis heraus, dass die Wohltaten des Marktes nur bei funktionierendem Wettbewerb entstehen können, forderte Rüstow eine konsequente Wettbewerbspolitik mit striktem Kartellverbot, Fusionskontrolle und Entflechtungsmöglichkeiten. Er ging sogar so weit, die Sozialisierung von Unternehmen zu empfehlen, deren Monopolstellung unvermeidlich ist: „Sozialisierung aller Wirtschaftszweige, die wie insbesondere der Schienenverkehr und die public utilities, aus natürlichen, technischen oder sonstigen Gründen eine unvermeidliche Monopolstellung haben (Sozialisierung der Rüstungsindustrie dürfte sich auch noch aus anderen als wirtschaftlichen Gründen empfehlen). Solange doch noch ausnahmsweise private Monopole, insbesondere Trusts, bestehen: scharfe Staatsaufsicht mit Preisgenehmigung und Lieferzwang“.^[4]

Solche Positionen werden von den heutigen Repräsentanten der ASM nicht mehr vertreten. Diese unterscheiden sich in ihrer Marktgläubigkeit und dem Motto „mehr Markt – weniger Staat“ nicht von den anderen neoliberalen Netzwerken, mit denen sich die ASM auch personell überschneidet.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

(Stand: August 2023)

- [Nils Goldschmidt](#) (Vorsitzender), Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen mit Verbindungen zu den folgenden Organisationen:
 - [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow
 - Görres-Gesellschaft: Vorstandsmitglied

- [Zentrum für ökonomische Bildung](#) Siegen (ZÖBIS), Mitglied des Kuratoriums
- Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle, Verantwortlicher des Projekts Ordnungsethik
- [NOUS](#): Mitglied
- Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft der Konrad Adenauer Stiftung, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Ratio Institute](#): Associate Fellow
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): ehem. Mitglied
- Rolf Hasse (Stellv. Vorsitzender), emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft der Konrad Adenauer Stiftung
- [Karen Horn](#) (Stellv. Vorsitzende), Publizistin, ist u. a. Mitglied/Funktionsträger der folgenden Organisationen^[5]:
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Walter Eucken Institut](#): Stellv. Vorsitzende des Kuratoriums
 - [NOUS](#): Co-Vorstandsvorsitzende und Koordinatorin des Trägervereins
 - Herbert Giersch Stiftung: Vorstandsmitglied und operative Geschäftsführerin
 - Friedrich Naumann Stiftung: Vertrauensdozentin
 - [Institut der deutschen Wirtschaft](#): Fellow
 - [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA): Gründungsmitglied der Policy Fellows
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): bis 7/2015 Vorsitzende des Vorstands
- Taiga Brahm. Professur für Ökonomische Bildung und Wirtschaftsdidaktik an der Eberhard Karls Universität Tübingen
- Claus Dierksmeier, Professur für Globalisierungs- und Wirtschaftsethik an der Eberhard Karls Universität Tübingen, Direktor des Weltethos-Institut, Tübingen

Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a. (Stand: August 2023):

- [Lars P. Feld](#)
 - [Walter Eucken Institut](#), Leiter
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), Sprecher "Kronberger Kreis"
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
 - [NOUS](#), Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#), Mitglied
 - [Ratio Institute](#): Associate Fellow
- [Michael Wohlgemuth](#)
 - [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Ratio Institute](#): Associate Researcher
 - Konrad-Adenauer-Stiftung: Mitglied des Ordnungspolitischen Beirats und Kollegprofessor des Promotionskollegs "Soziale Marktwirtschaft"
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#) Siegen: Mitglied des Kuratoriums

Kooperationen

Die ASM kooperiert mit den folgenden Organisationen:

- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [NOUS](#)
- Promotionskolleg "Soziale Marktwirtschaft" der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- Weltethos-Institut
- [Zentrum für ökonomische Bildung](#) Siegen (ZÖBiS)

Förderer

Die ASM wird von der Heinz Nixdorf Stiftung gefördert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [ASM/Aufgabe](#), Website ASM, abgerufen am 29.9.2011
2. ↑ [Soziale Marktwirtschaft im Unterricht](#), [Webseite ASM](#), abgerufen am 20.08.2019
3. ↑ Alexander Rüstow: Die Defizite des Liberalismus, in: Alexander Rüstow: Die Religion der Marktwirtschaft, Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Bd. 4, 3. Aufl., Berlin 2009, S. 40
4. ↑ Rüstow: Der dritte Weg, in: Religion der Marktwirtschaft, S. 55
5. ↑ [Karen Horn](#), karenhorn.de, abgerufen am 22.08.2023

Ludwig-Erhard-Stiftung

Die **Ludwig-Erhard-Stiftung** ist ein einflussreiches markliberales Netzwerk, zu dem Unternehmer/Manager, Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Politiker - ganz überwiegend aus CDU und FDP - und wirtschaftsliberale Professoren gehören. Nach eigenen Angaben hat sie die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft zu fördern und die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu stärken. Die Stiftung ist personell mit wirtschaftsnahen Netzwerken und Denkfabriken verbunden, mit denen sie auch gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Hierzu gehört der Lobbyverband [Wirtschaftsrat der CDU](#), dessen

Ludwig-Erhard-Stiftung

Rechtsfor e.V.
m

Tätigkeits Wirtschaftsnahes Netzwerk zur
bereich Verbreitung markoliberaler Ideen

Gründung 1967

sdatum

Hauptsitz Bonn

Lobbybür
o

Präsidiumsmitglied **Roland Koch** Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung ist. Die Veranstaltungen der Stiftung bieten den Mitgliedern aus der Wirtschaft die Möglichkeit, ihre interessengeleiteten wirtschaftspolitischen Vorstellungen Spitzenpolitikern und Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bundesbank in persönlichen Gesprächen zu vermitteln und Kontakte zu knüpfen. Häufiger Referent ist **Lars P. Feld**, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirat des **Wirtschaftsrat der CDU** und Berater von Bundesfinanzminister Lindner (FDP).

Ludwig-Erhard-Stiftung

Lobbybür

o EU

Webadres www.ludwig-erhard-stiftung.de
se

Die Stiftung, die lange Zeit keine Einzelheiten ihrer Finanzierung offenlegte, wurde bereits in den 70er und 80er Jahren von staatlichen Stellen finanziell gefördert. Die damalige Bundesregierung hielt es für geboten, die Arbeit der Stiftung "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen.^[1] Das bedeutet, dass die Stiftung damals aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung gefördert worden ist. Zu den Mitgliedern der Stiftung gehört auch Bettina Stark-Watzinger (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung, deren Ministerium die Gründung des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft seit 2023 mit einer Anschubfinanzierung von ca. 800 Tsd. Euro über eine Laufzeit von zwei Jahren unterstützt.^{[2][3][4]} Für 2023 wurden die Zuwendungen im Lobbyregister mit 390.001 bis 400.000 Euro angegeben.^[5]

Inhaltsverzeichnis

1 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung	52
2 Aktivitäten	52
3 Personelle Verflechtungen	53
3.1 CDU und nahestehende Institutionen	53
3.2 Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken	53
3.3 Sonstige	54
4 Organisationsstruktur und Personal	54
4.1 Vorstand und Geschäftsführung	54
4.2 Mitglieder	55
5 Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft	56
6 Kooperationen	57
6.1 "Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken	57
6.2 Wirtschaftsrat der CDU	58
6.3 Konrad-Adenauer-Stiftung	58
6.4 Friedrich-Naumann-Stiftung	58
6.5 Die Familienunternehmer	58
6.6 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	58
7 Intransparente Finanzen	58
8 Zitate von Müller-Armack	59
9 Weiterführende Informationen	59
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	59
11 Einzelnachweise	59

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung

Ludwig Erhard (geboren 1897 in Fürth, gestorben 1977 in Bonn) gilt als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft und des Mottos „Wohlstand für alle“. Am 20. September 1949 wurde Erhard als Wirtschaftsminister im ersten Bundeskabinett unter Bundeskanzler Adenauer vereidigt. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Bundeskanzler gewählt; am 1. Dezember 1966 trat Erhard von diesem Amt zurück.

Nach Auffassung der Stiftung hat Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards die Aufgabe, Wettbewerb zum Ordnungsprinzip zu erheben und nachhaltig abzusichern.^[6] Lenkende Eingriffe mit gesamtwirtschaftlichem Maximierungsanspruch und administrativen Lösungsversprechen für Einzelprobleme gehörten nicht in den Werkzeugkasten eines Wirtschaftspolitikers, der sich auf Ludwig Erhard berufen will. Das soziale Element der Sozialen Marktwirtschaft liege nicht in der Umverteilung von Einkommen oder Vermögen zur Korrektur politisch unerwünschter Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozesses, sondern in der ordnungspolitisch abgesicherten Bindung der Freiheit an die Verantwortung im Rahmen des Leistungswettbewerbs.

Mit dieser Sichtweise nimmt der Vorstandsvorsitzende Roland Koch die Klimapolitik der Bundesregierung als „Dirigismus“ und „Bevormundung“ wahr; statt die zum Einsatz kommende Technologie zur beabsichtigten Reduktion des CO₂-Ausstoßes der Kreativität freier Unternehmen zu überlassen, mache die Politik kleinteilige Vorgaben.^[7]

Aktivitäten

Mit Publikationen, Vorträgen und Symposien soll in der Öffentlichkeit und bei Entscheidern in Politik, öffentlichen Behörden und Verbänden Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft geweckt werden. Die Stiftung gibt die Vierteljahresschrift [Orientierungen zu Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik](#), das Jugendmagazin [Im Klartext](#) sowie Schriftenreihen heraus und unterhält ein Dokumentationszentrum über Ludwig Erhard. Zu den Veranstaltungen gehören: [Berliner Kaminesgespräche](#), [Bonner Wettbewerbsgespräche](#), [Frankfurter Gespräche](#), [Kolloquien](#) mit nahestehenden Organisationen sowie [Seminare](#) zur Lehrerfortbildung.

Unter [Standpunkt](#) werden Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen veröffentlicht. Die Überschriften der letzten drei Kommentare (Stand: 10/2023) lauten: „Gesellschaftspolitische Steuerungszusammenhänge klimapolitischer Akteure“, „Wider die Schönredner und falsche Propheten im ÖNPV“ und „Klimasünder, Etikettenschwindler und ökologische Geisterfahrer - Eine verkehrspolitische, ökonomische und ökologische Streitschrift“.^[8] Außerdem werden [Kommentare des Vorsitzenden Roland Koch](#) publiziert.

Jährlich wird der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik (Preisträger) sowie der Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik (Förderpreisträger) vergeben. Das Preisgeld soll jeweils 10.000 Euro betragen. Die Bundesregierung förderte den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik von 1979 bis 1981 und 1984 bis 1987 mit jährlichen Zuschüssen zwischen 25.300 DM und 52.664 DM.^[9] Ob der Preis weiterhin mit Bundesmitteln gefördert wird, ist nicht bekannt. Die Stiftung veröffentlicht weder einen Jahresabschluss noch einen Geschäftsbericht.

Mitglieder der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik sind:

- Thomas Mayer (Vorsitzender), Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute, Mitglied des Kuratoriums von [Prometheus](#), Autor des [Mises Institute](#) USA, Klimaskeptiker^[10]

- Katharina Reiche, Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG, Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrats, ehem. CDU-Politikerin
- Wolfgang Reitzle, Journalist, ehem. Intendant des Hessischen Rundfunks, ehem. Mitglied des Kuratoriums der [Johanna-Quandt-Stiftung](#)
- Nikolaus Risch, Mitglied des Vorstands der Heinz Nixdorf Stiftung, ehem. Präsident der Universität Paderborn
- Theresia Theurl, ehem. Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Genossenschaftswesen
- Roland Koch (qua Amt), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Die Preisträger sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören: Wolfgang Reitzle (2021), Dan McCrum (2020), Ulf Poschardt (2019), Zanny Minton Beddoes (2018), Marc Beise (2017) und Gerhard Schröder (2016). Die Preisverleihung 2020/21 fand in der Hessischen Landesvertretung in Berlin statt.

Personelle Verflechtungen

Mitglieder des Netzwerks kommen u.a. aus den folgenden Organisationen:

CDU und nahestehende Institutionen

- [CDU](#) ([Friedrich Merz](#): Vorsitzender; [Carsten Linnemann](#): Generalsekretär; Jens Spahn: Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#) (Roland Koch: Mitglied des Präsidiums; [Lars P. Feld](#): Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats; [Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats; Bettina Würth: Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen"; Christoph Werner: Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter"; Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Mitglied; [Justus Haucap](#): Leiter des Think Tanks "Deregulierung" [Friedrich Merz](#): ehem. Vizepräsident);
- [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) ([Carsten Linnemann](#): ehem. Vorsitzender)
- Konrad-Adenauer-Stiftung ([Friedrich Merz](#): Mitglied des Vorstands; [Carsten Linnemann](#): Ständiger Gast im Vorstand; Paul Kirchhof und Sara Rösner: Mitglied des Kuratoriums)

Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken

- [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (Steffen Kampeter: Hauptgeschäftsführer)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#) (Sarna Röser: Mitglied des Bundesvorstands und des Strategischen Beirats; Patrick Adenauer und [Frank Schäffler](#): Mitglied des Strategischen Beirats)
- [Stiftung Familienunternehmen](#) (Detlef W. Prinz: Mitglied des Kuratoriums; Hans-Werner Sinn: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) ([Siegmar Mosdorf](#): Stellv. Vorsitzender)
- Wirtschaftsverband [Deutsches Aktieninstitut](#) (Joachim Nagel und Frank Engels: Mitglied des Präsidiums)
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ([Michael Hüther](#): Direktor)
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (Florian Gerster, [Oswald Metzger](#) und Randolph Rodenstock: Botschafter)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#) (Jens Weidmann: Vorsitzender des Kuratoriums; [Lars P. Feld](#): Sprecher „Kronberger Kreis“; [Justus Haucap](#): Mitglied „Kronberger Kreis“)
- [Walter Eucken Institut](#) ([Lars P. Feld](#): Leiter)

- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) (Jens Weidmann, Heike Göbel, Renate Köcher, Holger Steltzner: Mitglieder des Kuratoriums)
- [Prometheus](#) ([Frank Schäffler](#): Gründer und Geschäftsführer; Thomas Mayer: Vorsitzender des Kuratoriums)
- [ECONWATCH](#) ([Justus Haucap](#): Präsident; [Lars P. Feld](#): Mitglied des Kuratoriums)
- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) (Jens Weidmann, Heike Göbel, Renate Köcher, Holger Steltzner: Mitglieder des Kuratoriums)
- [Atlantik-Brücke](#) ([Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Vorstands)
- [Trilaterale Kommission](#) (Jens Spahn: Vorsitzender der deutschen Gruppe)

Sonstige

- Deutsche Bundesbank (Joachim Nagel: Präsident, Burkhard Balz: Mitglied des Vorstands)
- Europäische Investitionsbank (Werner Hoyer: Präsident)
- Bundeskartellamt (Andreas Mundt: Präsident)
- [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (Veronika Grimm: Mitglied)
- [FAZIT-STIFTUNG](#) (Jens Weidmann: Mitglied des Kuratoriums)
- Tichys Einblick ([Roland Tichy](#): Herausgeber; [Oswald Metzger](#): Hauptstadtkorrespondent)
- Institut für Demoskopie Allensbach (Renate Köcher: Geschäftsführerin)
- Zentrum Liberale Moderne (Ralf Fücks: geschäftsführender Gesellschafter)

(Stand: Oktober 2023)

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Geschäftsführung

Vorsitzender des Vorstands:

[Roland Koch](#), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Direktor des [Frankfurt Competence Center for German and Global Regulation](#) (FCCR), betätigt sich als Anwalt in seiner eigenen Kanzlei in Frankfurt am Main und als Lobbyist. Koch war hessischer Ministerpräsident und Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE.

Laut [Lobbyregister](#) vertritt Koch die Interessen der Vodafone GmbH und der Dussmann Stiftung & Co. KG als Mitglied des Aufsichtsrats sowie des [Wirtschaftsrat der CDU](#) als Präsidiumsmitglied. Seine Tätigkeit bei Vodafone beschreibt er im Lobbyregister wie folgt: „allgemeines Interesse an unternehmerfreundlicher und technologieoffener Regulierung im Bereich der Kommunikationsindustrie, sowie bei den Digitalisierungsprojekten.“ (Stand: 27.03.2023)

Stellvertretende Vorsitzende:

- [Ulrich Blum](#), Professor für Volkswirtschaftslehre an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Geschäftsführender Gesellschafter der Deutschen Lithiuminstitut GmbH (ITEL), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Oskar-Patzelt-Stiftung, zu deren Zielen die Förderung der Netzerkennung im Mittelstand gehört^[11] Blum ist ein ehemaliger Unterstützer der [Alternative für Deutschland](#)^[12]
- Godelieve Quisthoudt-Rowohl ([CDU](#)), Mitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#), war bis 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments

- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Joachim Seeler, ehem. Hamburger SPD-Politiker, Unternehmer und Manager, Partner und geschäftsführender Gesellschafter der Investmentfirma HSP Hamburg Invest
- Linda Teuteberg, Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP), ehem. Generalsekretärin der FDP, Mitglied des Beirats "Politik & Public Affairs" der [Quadriga Hochschule](#) und Mitglied des Beirats von ProSiebenSat.1 ^[13]
- Nicolas Heinen (Schatzmeister), Executive Vice President Group Strategy im Vorstandsstab der Deutschen Börse AG in Frankfurt

Geschäftsführer: Patrick Opdenhövel, ehem. CDU-Politiker (Frühere Positionen: Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes NRW, Büroleiter des Hessischen Ministerpräsidenten [Roland Koch](#))

Wissenschaftlicher Leiter: Stefan Kolev, der auch Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft ist.

Mitglieder

Die [hier](#) abrufbaren Mitglieder^[14] sind zu einem großen Teil Unternehmer/Manager, aktuelle und ehemalige Vertreter von Wirtschaftsverbänden, dem Wirtschaftsflügel der CDU und der FDP nahestehende Personen sowie marktliberale Professoren und Journalisten.

Prominente Mitglieder sind:

- [Jens Spahn](#), Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Bundesminister für Gesundheit, Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU, ehem. Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Otto Fricke](#) (FDP), ehem. Partner der Lobbyorganisation [CNC Communications & Network Consulting](#)
- Bettina Stark-Watzinger (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung, Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Frank Schäffler](#), FDP-Politiker, Gründer von [Prometheus](#), Mitglied des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Carsten Linnemann](#), Vorsitzender der CDU-Programmkommission, ehem. Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Theo Waigel](#) (CSU), ehem. Bundesfinanzminister, Ehrenvorsitzender des Beirats der [Deutsche Vermögensberatung](#)
- [Lars P. Feld](#), Leiter des [Walter Eucken Institut](#), Berater von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- Volker Wieland, Stiftungsprofessor für Monetäre Ökonomie und Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability (IFMS) an der Goethe-Universität Frankfurt
- Luise Hölscher, Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, 2003-2004 Fachreferentin für Wirtschaft und Steuern beim [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Justus Haucap](#), Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Präsident von [ECONWATCH](#), Leiter des Think-Tanks Deregulierung des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums von [Prometheus](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#)

- Hans-Werner Sinn, ehem. Präsident des ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Vorsitzender des Ordnungspolitischen Ausschusses des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Stiftung Familienunternehmen](#)
- Veronika Grimm, Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR)
- Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank, Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Burkhard Balz, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, ehem. CDU-Politiker
- Jens Weidmann, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Vorsitzender des Kuratoriums der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der [FAZIT-STIFTUNG](#), Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Commerzbank](#), ehem. Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Christoph Werner, Vorsitzender der dm-Geschäftsführung, Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Bettina Würth, Beirats-Vorsitzende der Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Christoph Brand, Partner bei der deutschen Niederlassung der Investmentbank [Goldman Sachs](#) in Frankfurt am Main und stellv. Vorsitzender des Familienrates der Fa. Miele & Cie.
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Könrad-Adenauer-Stiftung](#)
- Ralf Fücks, geschäftsführender Gesellschafter der Denkfabrik Liberale Moderne
- Andreas Mundt (FDP), Präsident des Bundeskartellamts
- Horst von Buttlar, Chefredakteur der WirtschaftsWoche
- Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik der FAZ, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Roland Tichy](#), rechtspopulistischer Medienunternehmer

(Stand: Dezember 2023)

Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft

Im August 2022 hat die Stiftung das [Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft](#) mit Sitz in Berlin gegründet.^[15] Das Forum soll die Gedanken Ludwig Erhards und deren Übertragung auf moderne Herausforderungen direkt in die Bundeshauptstadt vermitteln. Es sieht sich als Plattform des nationalen und internationalen Diskurses zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Das Forum gibt periodische Schriften heraus, veröffentlicht Monographien, veranstaltet Workshops und Konferenzen. Es sollen auch Netzwerke mit vergleichbaren internationalen Forschungsstellen und Thinktanks geschaffen werden. Die Gründung des Forums soll auch durch eine Anschubfinanzierung des Bundes in Höhe von 800 Tsd. Euro möglich werden.

Leiter des Forums ist Stefan Kolev, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zwickau und Vertrauensdozent der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), der sich in einer Vielzahl neoliberaler Netzwerke und Denkfabriken betätigt. So ist er Gründungsmitglied des Netzwerks [NOUS](#), Beiratsmitglied der

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Affiliated Fellow des Walter Eucken Institut und Mitglied des globalen Elitenetzwerks Mont Pelerin Society.^{[16][17]} Weiterhin ist er Mitglied des Kuratoriums des Humboldt Forums Wirtschaft und Autor des ÖkonomenBlogs der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).^[18] Kolev trat als Redner bei der 75. Jahrestagung der Mont Pelerin Society vom 4.-8. Oktober 2022 in Oslo auf und war Mitglied des "Programme Committee" dieser Veranstaltung.^[19] Auch bei der Jahrestagung 2023, die vom Cato Institute und Stand Together gesponsert wurde, gehörte er zu den Referenten.

Mitglieder des Kuratoriums sind:

- Nils Goldschmidt (Vorsitzender), Professor an der Uni Siegen, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
- Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)
- Jens Weidmann, Professor an der Frankfurt School of Finance & Management, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied des Aufsichtsrats der Commerzbank
- Harold James, Wirtschaftshistoriker an der Princeton University
- Inga Michler, Wirtschaftsreporterin und Moderatorin der Welt-Gruppe

Quelle: ^[20]

Kooperationen

"Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken

Die „Frankfurter Gespräche“ sind Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit Banken zu geld- und wirtschaftspolitischen Themen in Frankfurt, die bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, der Deutschen Bank und der Bundesbank stattfanden.^[21] Ein Beispiel ist die Veranstaltung vom 06.11. 2023:

„Globalisierung: Wie tragfähig sind die internationalen Netzwerke?“ mit den folgenden

Diskussionsteilnehmern^[22]

- Burkhard Balz, Mitglied der Ludwig Erhard-Stiftung, Mitglied des Bundesbank-Vorstands, ehem. CDU-Politiker
- Roland Koch, Vorstandsvorsitzender der Ludwig Erhard Stiftung, Präsidiumsmitglied des Wirtschaftsrat der CDU
- Ralf Fücks, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, Geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne, ehem. Grünen-Politiker
- Steffen Kampeter, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, Hauptgeschäftsführer des Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, ehem. CDU-Politiker
- Fritz Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW Bankengruppe

Die Veranstaltung findet in der Hessischen Hauptverwaltung der Bundesbank statt.

Wirtschaftsrat der CDU

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[23] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen. 2023 fand die Ludwig-Erhard-Lecture 2023 in Kooperation mit der Stiftung statt.^[24] Zu den Aktivitäten des Vorsitzenden Koch im Wirtschaftsrat der CDU gehört z. B. die maßgebliche Beteiligung an der Erarbeitung eines Positionspapiers im „Thinktank Deregulierung“.^[25]

Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Ludwig-Erhard-Stiftung veranstaltet gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ein jährliches Kolloquium in Berlin.^[26] Beide Organisationen führen mehrtägige Seminare durch, bei denen Konzeption und Politik der Sozialen Marktwirtschaft mit jungen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten erörtert werden.^[27]

Friedrich-Naumann-Stiftung

Am 27.06.2023 fand eine Veranstaltung von Ludwig-Erhard-Stiftung und Friedrich-Naumann-Stiftung im Forum Factory zum Thema „1948: Start für eine Ordnung des Wettbewerbs“ statt.^[28]

Die Familienunternehmer

Mit dem Gutachten [Der Eigentumsbegriff in den Parteiprogrammen zur Bundestagswahl 2021: Eine ökonomische Analyse](#) im Auftrag der Stiftung und des Verbandes [Die Familienunternehmer - ASU](#) mischten sich die beiden Organisationen in den Bundestagswahlkampf 2021 ein. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass Hauptkonfliktlinien die Fragen der Einführung einer Vermögensteuer und der steuerlichen Behandlung von Kapitalerträgen sind. Mit Blick auf die Umwelt- und Klimapolitik verwies Roland Koch in einer Presseerklärung auf fundamentale Unterschiede zwischen den Plänen der Parteien: „Wer Verbrennungsmotoren verbietet, um den CO₂-Ausstoß zu senken, entwertet sowohl Sachkapital als auch geistiges Eigentum. Installiert der Staat hingegen ein System von handelbaren Zertifikaten für den CO₂-Ausstoß, werden im Gegenteil neue Eigentumsrechte geschaffen, und der Marktmechanismus wird genutzt, um die effizienteste Technik zur Vermeidung von CO₂ zu finden.“^[29]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Am 24. September 2015 fand die Veranstaltung „Reform der Erbschaftsteuer – Der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums in der Kritik“ statt. Veranstalter waren die Ludwig-Erhard-Stiftung, die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), die [Deutsche Stiftung Eigentum](#), die [Stiftung Familienunternehmen](#) und die Friedrich-Naumann-Stiftung.^[30]

Intransparente Finanzen

Laut § 5 der [Satzung](#) sollen die Mittel für die Verwirklichung der Zwecke der Ludwig-Erhard-Stiftung durch freiwillige Beiträge, durch Spenden und öffentliche Fördermittel aufgebracht werden. Die Mitglieder des Vereins sind zur Leistung eines Beitrags nicht verpflichtet. Der nach § 15 der Satzung aufzustellende

Jahresabschluss und Geschäftsbericht werden nicht veröffentlicht. Auf der Webseite fehlen folgende Angaben: Höhe des Etats, Höhe der Beiträge und Spenden, Namen von Großspendern. Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarischen Anfrage der Fraktion Die Grünen aus dem Jahr 1987 erhielt die Stiftung jahrelang erhebliche Zuschüsse aus Bundesmitteln zu einzelnen Projekten, weil die Bundesregierung es für notwendig hielt, die Arbeit der Stiftung "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" zu unterstützen.^[31] Die Anfrage wurde vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium von Wartenberg (CDU) beantwortet, der später zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) als Hauptgeschäftsführer wechselte. Es ist unklar, in welchem Umfang die Stiftung weiterhin Bundeszuschüsse erhält.

Zitate von Müller-Armack

Müller-Armack hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Die folgenden Zitate stammen aus seinem Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“^[32]

Zu **Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit:**

"Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken"

Zu **Mindestlöhnen:**

"Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden"

Weiterführende Informationen

- [Wohlstand für Alle - Fördern, Fordern, Freiheit - Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung 2023](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de, bunestag, abgerufen am 25.08.2022
2. ↑ [Ludwig Erhards Stimme in Berlin - Archiv](#), ludwig-erhard.de vom 26.08.2022, abgerufen am 25.04.2024
3. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.04.2024
4. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
5. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), abgerufen am 25.04.2024

6. ↑ [Aufgabe der Stiftung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.04.2024
7. ↑ [Die Soziale Marktwirtschaft muss nicht neu erfunden werden](#), in: [Wohlstand für Alle. Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung](#), holderstock-media.1cloud.com, abgerufen am 24.04.2024
8. ↑ [Standpunkt](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
9. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de. bunestag, abgerufen am 25.08.2022
10. ↑ [Warum wir uns auf den Kampf gegen den Klimawandel versteifen](#), welt.de vom 30.08.2020, abgerufen am 26.08.2022
11. ↑ [Ziele der Oskar-Patzelt-Stiftung](#), mittelstandspreis.com, abgerufen am 25.08.2022
12. ↑ [Personal der AfD in Thüringen](#), taz.de vom 07.05.2013, abgerufen am 13.12.2020
13. ↑ [Teuteberg in Beirat von ProSiebenSat.1 Media berufen](#), politik-kommunikation.de vom 08.02.2022, abgerufen am 25.08.2022
14. ↑ [Mitgliederversammlung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
15. ↑ [Pressemitteilung 23.08.2022](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.08.2022
16. ↑ [Profil](#), fh-zwickau, abgerufen am 27.08.2022
17. ↑ [Profil](#), stefan-kolev.de, abgerufen am 28.08.2022
18. ↑ [Umweltschutz durch Kreativität](#), insm-oekonomenblog.de vom 15.02.2022, abgerufen am 27.08.2022
19. ↑ [Speakers](#), mpsoslo.org, abgerufen am 27.08.2022
20. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de vom 07.09.2023, abgerufen am 26.10.2023
21. ↑ [Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.10.2023
22. ↑ [Podiumsdiskussion im Rahmen der Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.10.2023
23. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021
24. ↑ [Ludwig-Erhard-Lecture 2023 mit Lars P. Feld](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
25. ↑ [Wirtschaftsrat fordert im Handelsblatt breiten Bürokratieabbau](#), wirtschaftsrat.de vom 28.03.2022, abgerufen am 29.12.2023
26. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
27. ↑ [Seminare](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
28. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
29. ↑ [Pressemitteilung](#), ludwig-erhard.de vom 23.08.2021, abgerufen am 25.12.2023
30. ↑ [\[Reform der Erbschaftsteuer\]](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 01.01.2024
31. ↑ [Kleine Anfrage](#), bundestag.de vom 09.12.1987, abgerufen am 11.07.2021
32. ↑ Zitiert nach: [Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck](#), FAZ 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 19.9.2011

Europäischer Verband Öffentlicher Banken

Weiterleitung nach:

- [European Association of Public Banks](#)

Die Familienunternehmer

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Die Familienunternehmer – ehemals

„Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU) – bezeichnet sich als politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmen. Teil der Familienunternehmer ist auch die Gruppierung "Die Jungen Unternehmer".

Die Familienunternehmer stehen eigenen Angaben nach für Freiheit, Eigentum, Wettbewerb sowie Verantwortung und sehen sich selbst als "die Melkkühe der Nation"^[1].

Der Politik und der Öffentlichkeit soll ein positives Unternehmerbild sowie die Maxime „Mehr Markt, weniger Staat“ vermittelt werden. Konkrete Kampagnen richten sich u.a. gegen Eingriffe in das Privateigentum (z.B. bei den politischen Debatten um Vermögens- und Erbschaftsteuern) oder Regularien, die Unternehmen zu mehr Transparenz und Sorgfalt verpflichten (z.B. bei den politischen Debatten um das Transparenzregister und das Lieferkettengesetz).

Der Verein hatte am 22.01.2022 6.000 Mitglieder und hat 2021 über drei Mio. Euro für Lobbyarbeit ausgegeben.^[2]

Nur Unternehmen, die mehr als 1.000.000 Euro Umsatz erwirtschaften und mindestens 10 Mitarbeiter:innen beschäftigen, können Mitglied im Verein werden.^[3] Von knapp 2,5 Millionen Kleinst-, kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland im Jahr 2020 waren demnach nur ca. 400.000, also 16% überhaupt berechtigt, einen Mitgliedsantrag zu stellen.^[4]

Die Familienunternehmer

**DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER**

**DIE JUNGEN
UNTERNEHMER**

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmer

Gründungsdatum 1949

Hauptsitz Berlin, Charlottenstraße 24

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadress familienunternehmer.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	62
2 Fallbeispiele und Kritik	62
2.1 Lobbying gegen das Lieferkettengesetz	62
2.2 Lobbying gegen das Transparenzregister	63
2.3 Lobbying gegen die Erbschaftsteuer	63

2.4 Lobbying gegen die Vermögensteuer	64
2.5 Lobbying gegen die Klimapolitik der Bundesregierung	64
2.6 Kritik am aggressiven Auftreten	65
3 Positionen	65
4 Organisationsstruktur und Personal	66
4.1 Geschäftsführung	66
4.2 Präsidium	66
5 Strategischer Beirat	67
6 Kooperationen	67
6.1 Jenaer Allianz	67
6.2 European Family Businesses	67
6.3 Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	67
6.4 Austauschrunde Steuern	68
7 Zitate	68
8 Weiterführende Informationen	68
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	68
10 Einzelnachweise	68

Lobbystrategien und Einfluss

Im deutschen Lobbyregister geben die Familienunternehmer (Stand: 24.02.2022) an, im Jahr 2021 zwischen 3.020.001 bis 3.020.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 11 bis 20 Interessenvertreter zu beschäftigen.
[5]

Fallbeispiele und Kritik

Lobbying gegen das Lieferkettengesetz

Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Die Familienunternehmer hatten sich mehrfach mit deutlicher Rhetorik gegen ein deutsches und europäisches Lieferkettengesetz ausgesprochen und auch ihre Befürworter scharf kritisiert. Dabei fordert der Verband immer wieder Belastungsmoratorien - also eine Aufschiebung des Gesetzes. (Mehr zu dem Aspekt, wie die Forderung des Belastungsmoratoriums durch Unternehmen verwendet wurde um konkrete Politik zu beeinflussen, findet sich in diesem [Beitrag von LobbyControl](#))

Bereits das Inkrafttreten der CSRD-Richtlinie zu Berichterstattungspflichten für Unternehmen bezeichneten die Familienunternehmer als „Wahnsinn“ und forderten ein „Regulierungs-Moratorium – jetzt!“^[6] Auch aufgrund der angespannten Energiesituation 2022 hatten Unternehmensverbände ein Belastungsmoratorium von der deutschen Bundesregierung gefordert. Die Bundesumweltministerin Lemke beschloss damals jedoch am Lieferkettengesetz festzuhalten und wurde dafür von den Familienunternehmern scharf kritisiert. Lemke wurde für ihr Beharren auf einem bereits beschlossenen Gesetz vorgeworfen „ignorant“ zu handeln „Öl ins Feuer“ zu gießen und gar den Mittelstand existenzbedrohend zu gefährden.^[7]

Rufe nach einem Belastungsmoratorium gab es von Seiten der Unternehmen auch bereits zu Beginn der COVID-19 Pandemie. So beteiligten sich die Familienunternehmer an einer [INSM](#)-Kampagne die am 8. Juni 2021 in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen war. Dort heißt es, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort.“^[8] Führende Ökonomen widersprachen derartigen Aussagen.^[9] Der Wirtschaftsweisen Achim Truger bemerkte, dass „eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen.“^[10]

Lobbying gegen das Transparenzregister

Als Reaktion auf die Veröffentlichung der Panama-Papers ist 2017 ein Transparenzregister eingeführt worden, aus dem sich Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen ersehen lassen.^[11] So wird nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums die Transparenz erhöht und der Missbrauch von Gesellschaften und Trusts zu Zwecken der Geldwäsche, ihrer Vortaten wie Steuerbetrug und Terrorismusfinanzierung erschwert. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung sollte sich nach dem Gesetzentwurf von Ende 2016 jeder informieren können, wem eine Firma gehört.^[12] Daraufhin hätten die Arbeitgeberverbände vorgetragen, der öffentliche Zugang sei unverhältnismäßig und trage nicht zur Geldwäschebekämpfung bei. Der Verband der Familienunternehmer sei noch weitergegangen: Nicht einmal Journalisten oder Nichtregierungsorganisationen sollten Zugang zu dem Register erhalten. Dabei seien es in der Vergangenheit vor allem deren Recherchen, die Korruptions- und Geldwäscheskandale aufdeckten. In einem an das Bundesfinanzministerium gerichteten Schreiben vom 3. Januar 2017 habe der Verband sogar behauptet, durch den öffentlichen Einblick steige die Gefahr für Leib und Leben von Familienunternehmern und ihren Angehörigen. Der Verband habe diese Behauptung allerdings nicht belegen können und eingeräumt, es handle sich vor allem um ein Gefühl seiner Mitglieder. Gleichwohl habe daraufhin eine Mitarbeiterin des damaligen Staatssekretärs Michael Meister (CDU) nach Rücksprache mit Minister Schäuble unter Bezugnahme auf die Argumente des Verbandes die Anweisung erteilt, „in der Kabinettsvorlage einen öffentlichen Zugang zum Transparenzregister nicht vorzusehen“.

Die letztlich beschlossene [gesetzliche Regelung](#) enthält laut Süddeutscher Zeitung eine Vielzahl von Einschränkungen: Nur Personen und Organisationen mit "berechtigtem Interesse" können Einblick erhalten. Aber nur in Registereinträge, für die sie ihr Interesse jeweils einzeln nachweisen müssen. Auch Journalisten müssten dem Bundesanzeiger - einem Privatunternehmen - erklären, warum sie wissen wollen, wer hinter einer Firma steckt. Nur wenn ein begründeter Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung bestehe, bekomme man die Auskunft. Die EU habe inzwischen beschlossen, dass das Transparenzregister ab 2020 öffentlich zugänglich sein müsse.

Lobbying gegen die Erbschaftssteuer

Der Verband, der sich gemeinsam mit der [Stiftung Familienunternehmen](#) regelmäßig gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum einsetzt, wertete die Reform der Erbschaftssteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.^[13] Die Reform sah u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das

Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.^[14] Bis zum 30. Juni 2016 hätte die Regierung eine neue Regelung vorlegen müssen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen liefen die Familienunternehmer - ASU und die [Stiftung Familienunternehmen](#) Sturm, worauf Bundesfinanzminister Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.^[15] Die endgültige Neuregelung ist erst am 9. November 2016 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und gilt rückwirkend ab dem 1. Juli 2016.

Lobbying gegen die Vermögensteuer

Gegen die von den „Grünen“ im Bundestagswahlkampf 2013 erhobene Forderung nach Wiedereinführung einer Vermögensteuer organisierte der Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen eine Kampagne, deren Adressaten nicht nur alle Direktkandidaten in den Wahlkreisen waren, sondern auch sämtliche Sportvereine und Kulturinstitutionen wie Theater oder Musikschulen.^[16] Letzteren wurde als Konsequenz der Vermögensteuer eine mangelnde Spendenfähigkeit vorgegaukelt, was von der Hagen im Interview mit dem manager magazin wie folgt umschreibt: „Wir haben Ihnen erklärt, was es für sie bedeutet, wenn eine Vermögensteuer den Familienunternehmen die Substanz raubt und dann nichts mehr für Spenden bleibt. Das hat gezündet“.

Die Kampagne ist 2021 fortgeführt und erweitert worden.^[17] So trat der Verband der Familienunternehmer im Wahlkampf 2021 an die Öffentlichkeit, um Stimmung für seine politische Hauptforderung zu machen: die Verhinderung der Vermögenssteuer. Dazu gehören nach [Einschätzung von LobbyControl](#) irreführende Aussagen und manipulative Umfragen. Der Verband ist Teil der Bündnis-Kampagne [Vermögenssteuer trifft alle](#), die gemeinsam mit dem [Bund der Steuerzahler](#) und dem Verband Familienbetriebe Land und Forst organisiert wird. Unterstützt wird die Kampagne von weiteren Verbänden wie [Deutsche Stiftung Eigentum](#), Haus und Grund, Bundesverband deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften, [Gesamtmetall](#), Verband der Rauchtobakindustrie, dem Zentralen Immobilienausschuss sowie der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft für Wirtschaft und Wissenschaft.

Während des Bundestagswahlkampfes 2021 drohte der Verband in einer Zeitungsanzeige, dass nach Einführung der Vermögenssteuer regionale Vereine nicht länger finanziell unterstützt würden. Das regionale Vereinsleben werde geschädigt, so der Verband.^[18]

Aus einer Recherche der NGO Abgeordnetenwatch von 2023 geht hervor, dass die "Familienunternehmer" im Bundestagswahlkampf 2021 eine Kampagne geplant hätten, die eine Umbenennung der Vermögenssteuer "in 'Mittelstands- ' oder 'Exportationssteuer'" zum Ziel gehabt habe.^[19]

Lobbying gegen die Klimapolitik der Bundesregierung

Nach der Recherche der NGO Abgeordnetenwatch wirbt der Verband in der Klimapolitik dafür, dass alles so bleibt, wie es ist.^[20] Pläne der Regierung, Industrie und Wirtschaft zu weniger Emissionen zu verhelfen, würden als "Planwirtschaft" kritisiert. Die Zuschüsse für den Einsatz CO2-armer Technologien seien für Vereinspräsident Worleé gar "planwirtschaftliche Klientelpolitik à la UdSSR." In einem internen Papier heiße es, "dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Klimapolitik dazu führt, dass sich die Parteien mit immer ambitionierten Zielsetzungen gegenseitig übertrumpfen". Konsequenz für den Verband seien: "Umso mehr komme es darauf an, eine überschießende Energiepolitik als Kostentreiber zu brandmarken." Laut eines Protokolls habe der Verband in Fragen der Energiepolitik "meinungsbildend sowohl auf die FDP als auch auf die Mittelstandsvereinigung der CDU" gewirkt.

In den [Vorschlägen zur Energiekrisen-Bewältigung 2022](#) wird unter Punkt 2. ausgeführt: „Die ideologischen Scheuklappen müssen abgelegt werden. Die Beschränkungen und Einschränkungen für den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken und deren Reaktivierung aus der Reserve sind auf unseren Druck hin bereits teilweise gefallen. Die Gesetzgebung für die Atomkraft muss einen Weiterbetrieb von mindestens drei – besser: sechs – Atomkraftwerken ermöglichen, solange die Gasversorgung angespannt ist.“ Solar- und Windkraft werden hingegen nicht einmal benannt.

Kritik am aggressiven Auftreten

2023 kritisierte die NGO Abgeordnetenwatch die "forsche Rhetorik" des Verbandes.

Die Anhebung des Spitzensteuersatzes für Großverdiener nennen "Familienunternehmer" demnach "eine fiskale Sterbehilfe". Dass unterschiedliche Gehälter von Männern und Frauen nicht mehr mit persönlichem Verhandlungsgeschick begründet werden dürfen, sei in der Rhetorik der Familienunternehmer ein "scharfer Eingriff in die Vertragsfreiheit". "Eine Nebelkerze" nannte der Verband demnach Pläne, Wohlstand künftig mit erweiterten Kriterien zu messen, etwa mit sauberem Wasser.^[21]

Im gleichen Artikel zitierte Abgeordnetenwatch den Bundestagsabgeordneten Anton Hofreiter: "Er sagt über die "Familienunternehmer", sie gingen teilweise "aggressiver vor als die Waffen- und Chemieindustrie". Ihre Haltung sei oftmals: "Die Politik muss den Unternehmen dankbar sein, weil sie ja Jobs schaffen.""

Positionen

Die Familienunternehmer fordern u. a., den Solidaritätszuschlag zu senken^[22], den Mindestlohn abzuschaffen, keine Vermögenssteuer einzuführen, die Erbschaftssteuer niedrig zu lassen und Werkverträge nicht zu kontrollieren.^[23] Im Gegensatz zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) kritisierte der Verein die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung, wollte Griechenland aus dem Euro haben und befürchtete immer höhere Finanzlasten für Deutschland.^{[24][25]}

Einige Repräsentanten des Vereins bezweifeln den menschengemachten Klimawandel oder stellen zumindest den Sinn der meisten Klimaschutzmaßnahmen in Frage. Ein selbsternannter "Klimaskeptiker" ist der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler, der im Strategischen Beirat des Vereins sitzt. Die Thesen des Vizepräsidenten Patrick Adenauer, Kanzlerenkel und Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#), legen nach Auffassung des „Kölner Express“ den Verdacht nahe, dass er in die Kategorie „Klimaleugner“ fällt.^[26]

Der Verein hatte ursprünglich für die eurokritischen und neoliberalen Positionen der AfD großes Verständnis.^[27] Mitglieder und Repräsentanten der Familienunternehmer hatten sich bereits vor der Gründung der AfD mit Professoren getroffen, die die Gründung einer neuen Partei in Erwägung zogen. Zum Teil handelte es sich um vertrauliche Kontakte; zum Teil wurde über die gemeinsamen Diskussionen in der Internetzeitung [FreieWelt.net](#) berichtet, die die AfD publizistisch unterstützt.^[28] [Peer-Robin Paulus](#), Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Familienunternehmer, vertrat auf dem [Forum Freiheit](#) 2013 die Auffassung: "Wer

eine gute CDU will, muss die AfD wählen".^[29] Zu seinem Bundeskongress am 8./9. Mai 2014 hat der Verein den AfD-Parteivorsitzenden Bernd Lucke eingeladen, um eine Stunde über den Euro und die Zukunft Europas zu referieren.^[30] Laut Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen möchte der Verband mit der Einladung zeigen, wie unzufrieden er mit der jetzigen Bundesregierung ist. Auch wenn die AfD mit populistischen Thesen gegen Zuwanderung und den freien Handel zu punkten versuche, schrecke dies die Familienunternehmer nicht, das Gespräch zu suchen.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Hauptgeschäftsführer	Albrecht von der Hagen
Geschäftsführerin	Daniela Röben
Leiter Abteilung Politik und Wirtschaft	Peer-Robin Paulus, Mitglied der Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft ^[31]

Präsidium

(Auswahl)

- Reinhold von Eben-Worlée (Präsident), Geschäftsführender Gesellschafter der E.H. Worlée & Co. (GmbH & Co.) KG, Mitglied des Präsidiums des [Verband der Chemischen Industrie e.V.](#) (VCI)
- Patrick Adenauer (Vizepräsident), Mitglied der CDU, Geschäftsführender Gesellschafter der Bauwens GmbH & Co. KG, Präsident des Family Business Network Deutschland, Mitglied des Aufsichtsrats der DuMont Mediengruppe, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Simone Bagel-Trah, Vorsitzende des Aufsichtsrats & des Gesellschafterausschusses der Henkel AG & Co. KGaA
- Heinrich Deichmann, Vorsitzender des Verwaltungsrats und der geschäftsführenden Direktoren der Deichmann SE, Mitglied des Vorstands des Handelsverbands Deutschland (HDE), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) und des Stiftungsrats der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- Albrecht von der Hagen, Hauptgeschäftsführer
- Alfred Oetker, Geschäftsführender Gesellschafter der Geschwister Oetker Beteiligungen KG
- Marie-Christine Ostermann, Geschäftsführende Gesellschafterin der Rulko Großeinkauf GmbH & Co. KG, ehem. Bundesvorsitzende DIE JUNGEN Unternehmer^[32], Mitglied des Aufsichtsrats der Fielmann AG, Mitglied des Kuratoriums des Bundesverbands Deutscher STARTUP TEENS, Mitglied des Family Business Network FBN, Responsible Leader der BMW Stiftung Herbert Quandt, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Beirats der [REPUBLIK21 e.V.](#), zumindest zeitweise Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (die Gremien der Stiftung sind auf der Webseite der Hayek Gesellschaft seit geraumer Zeit nicht mehr abrufbar), Referentin beim Hayek-Club Münsterland^[33], 2014 - 2015 Landesschatzmeisterin der FDP NRW. 2015 initiierte Ostermann das „Netzwerk Liberale Agenda 2025“, aus dem später das Wirtschaftsforum der FDP geworden ist.^[34]
- Sarna Röser, Mitglied der Geschäftsleitung der Röser FAM GmbH & Co. KG, Mitglied des Vorstands der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Reinhardt Zinkann, Geschäftsführender Gesellschafter der Miele & Cie. KG, Vizepräsident des Markenverbandes

Strategischer Beirat

(Auswahl)

Name	Verbindungen
Ulrike Ackermann	- John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung der privaten SRH Hochschule Heidelberg, Leiterin Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied
Marie-Christine Ostermann	- Rulko Großeinkauf GmbH & Co., Geschäftsführende Gesellschafterin REPUBLIK21 e.V., Mitglied des Beirats - FDP, ehem. Landesschatzmeisterin NRW - Die Jungen Unternehmer - BJU, bis 2012 Bundesvorsitzende Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft, Mitglied des Kuratoriums Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied
Frank Schäffler	- Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) Prometheus, Gründer Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, ehem. Mitglied
Sarna Röser	- Röser FAM GmbH & Co. KG, Mitglied der Geschäftsleitung - Die Jungen Unternehmer - BJU, Bundesvorsitzende Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorstandsmitglied

(Stand: August 2023) Quelle: ^[35]

- Ehemaliges Mitglied: [Michael Fuchs](#), Stellv. Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion

Kooperationen

Jenaer Allianz

Die Familienunternehmer - ASU ist einer der Initiatoren der neoliberalen [Jenaer Allianz](#) zur Erneuerung der Marktwirtschaft.

European Family Businesses

Die Familienunternehmer - ASU ist Mitglied von [European Family Businesses](#), der europäischen Dachorganisation der Familienunternehmen mit Sitz in Brüssel.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Der Verein ist Mitglied/Förderer der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Austauschrunde Steuern

Die Familienunternehmer gehören der [Austauschrunde Steuern](#) an, einer Diskussionsrunde zu steuerpolitischen Fragen mit 120 Mitgliedern, die beim Verband [Familienbetriebe Land und Forst](#) angesiedelt ist.^[36] Die Initiative konnte nach eigenen Angaben die Substanzsteuer verhindern.^[37]

Zitate

"Lobbyorganisationen wie der Verband 'Die Familienunternehmer' haben eine brutale Kampagne gegen weitergehende Regeln geführt, indem sie so taten, als drohe durch eine moderate Besteuerung Superreicher der Untergang des Mittelstands. Dass diese freche Lüge so durchschlagend wirkt, haben sie sich wohl selbst nicht träumen lassen." - Ulrich Schulte in der taz zur Reform der Erbschaftssteuer 2016^[38]

Weiterführende Informationen

- [Die Lobbymacht der „Familienunternehmer“ 2023](#)
- [Die Macht des großen Geldes: Lobbyismus und Großspenden im Wahlkampf, 23. September 2021](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Mitgliedschaft](#), familienunternehmer.eu, abgerufen am 12.04.2023
2. ↑ [Die Familienunternehmer](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 09.04.2023
3. ↑ [Die Lobbymacht der "Familienunternehmer"](#)abgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
4. ↑ [Anzahl der Unternehmen in Deutschland nach Unternehmensgröße](#)statista.com vom 12.08.2022, abgerufen am 12.04.2023
5. ↑ [Die Familienunternehmer](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 09.04.2023
6. ↑ [Familienunternehmer zur europäischen Einigung über CSRD-Berichtspflichten: Regulierungs-Moratorium – jetzt!](#)familienunternehmer.eu vom 24.06.2022, abgerufen am 08.12.2022
7. ↑ [Ministerin Lemke lässt Belastungsmoratorium des Bundeskabinetts scheitern](#)familienunternehmer.eu vom 06.10.2022, abgerufen am 08.12.2022
8. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
9. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
10. ↑ [Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“](#) taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022

11. ↑ [Bundesregierung stärkt den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung](#), bundesfinanzministerium.de vom 22.02.2017, abgerufen am 07.02.2019
12. ↑ [Der Eigentümer bleibt geheim](#), sueddeutsche.de vom 05.02.2019, abgerufen am 07.02.2019
13. ↑ [Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer](#) Der Spiegel abgerufen am 06.03.2015
14. ↑ [Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer](#), Der Spiegel, abgerufen am 06.03.2015
15. ↑ [Christoph Butterwegge: Ein Lehrstück des Lobbyismus](#), taz online vom 24. September 2015, abgerufen am 25. 09. 2015
16. ↑ Sonderheft Reichtum, Die Macht des Geldes, Managermagazin, Oktober 2019, S. 68 f., 73
17. ↑ [Die Macht des großen Geldes: Lobbyismus und Großspenden im Wahlkampf](#), lobbycontrol.de vom 23.09.2021, abgerufen am 06.10.2021
18. ↑ [Die Macht des großen Geldes: Lobbyismus und Großspenden im Wahlkampf](#)lobbycontrol.de vom 23.09.2021, abgerufen am 12.04.2023
19. ↑ [Die Lobbymacht der Familienunternehmer](#)abgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
20. ↑ [Die Lobbymacht der Familienunternehmer](#)abgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
21. ↑ [Die Lobbymacht der Familienunternehmer](#)abgeordnetenwatch.de vom 04.04.2023, abgerufen am 12.04.2023
22. ↑ [Pressestatement vom 1. November 2011: Familienunternehmer zur Soli-Debatte: Bundesratsmehrheit will Arbeitnehmer nicht entlasten](#)
23. ↑ [Positionen und Aktionen](#), [Webseite familienunternehmer](#), abgerufen am 11. 10. 205
24. ↑ [Marc Beise: Porzellan zerschlagen Der Euro treibt auch einen Keil zwischen die Familienunternehmen](#), Süddeutsche Zeitung vom 14./15. Juli 2012
25. ↑ [Nach Streit Familienunternehmer reichen BDI die Hand](#), Handelsblatt vom 13. Juli 2012, Website Handelsblatt, abgerufen am 14. Juli 2012
26. ↑ [Umstrittene Kolumne Express checkt Adenauers Klima-Thesen](#), espress.de vom 10.08.2019
27. ↑ [Andreas Kemper: Familienunternehmer versus BDI](#), Der Freitag online vom 20. März 2013 [Webseite Freitag](#), abgerufen am 11. 5. 2014
28. ↑ [Podiumsdiskussion der Zivilen Koalition: ESM - Vertrag - Der Weg in die Schuldenunion](#), FreieWelt.net vom 1. Januar 2013
29. ↑ [Christian Dorn: Forum Freiheit 2013: AfD oder FDP?](#), eigentümlich frei vom 19. September 2013, Webseite abgerufen am 11. 5. 2014
30. ↑ [Familienunternehmen geben der AfD eine Bühne](#), Stuttgarter Zeitung vom 8. Mai 2014, Webseite Stuttgarter Zeitung, abgerufen am 11. 5. 2014
31. ↑ [Autor](#), nzz-libro.ch, abgerufen am 10.05.2022
32. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 08.04.2023
33. ↑ [Spannende Referenten - lebhaft Diskussionen](#), hayekclubmuenster vom 31.01.2015, abgerufen am 07.04.2023
34. ↑ [Marie-Christine Ostermann schleust Top-Manager zur FDP](#), manager-masgazin.de vom 30.04.2015, abgerufen am 07.04.2023
35. ↑ [Mitglieder Strategischer Beirat](#), familienunternehmer.de, abgerufen am 13.08.2023
36. ↑ [Die Familienunternehmer](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.05.2022
37. ↑ [Steuern](#), familienbetriebeluf-bayern.de, abgerufen am 09.05.2022
38. ↑ [Kommentar Grüne und Erbschaftsteuer: Eine gefährliche Blamage](#), die taz, 14.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017

Institut für Wirtschaftspolitik

Das wirtschaftsnahen **Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln** (iwp) beschäftigt sich mit der Forschung und Politikberatung auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Träger des Instituts ist seit 2014 der Fördererkreis des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität der Universität zu Köln e.V.

(Fördererkreis)^[1], dem neben der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer Verbände und Unternehmen angehören.^[2] Vorstandsmitglied des Förderkreises ist [Franz Schoser](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), ehem. Schatzmeister der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), ehem.

Hauptgeschäftsführer des [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK) und ehem. Vorstandsmitglied des [Bund Katholischer Unternehmer](#). Das Institut galt lange Zeit als eine Hochburg des Neoliberalismus im universitären Bereich.

Institut für Wirtschaftspolitik

 Institut für Wirtschaftspolitik
an der Universität zu Köln

Hauptsitz	Köln
Gründung	1950
Tätigkeitsbereich	Forschung und Politikberatung
Mitarbeiter	<text>
Etat	<text>
Webadresse	www.ipw.uni-koeln.de

Inhaltsverzeichnis

1 Geschichte	70
2 Aktivitäten	71
3 Organisationsstruktur und Personal	71
3.1 Träger des Instituts	71
3.2 Direktoren	72
3.3 Projektpartner	72
4 Kooperationen	72
4.1 Jenaer Allianz	72
5 Neuausrichtung der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln	72
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	73
7 Einzelnachweise	73

Geschichte

Das Institut wurde 1950 von Müller-Armack und Franz Greiß gegründet.

Alfred Müller-Armack (1901 – 1978) hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft entwickelt, nach der der Markt zwar im Prinzip als optimales Steuerungsinstrument wirkt, sozial unbefriedigende Marktergebnisse jedoch vom Staat korrigiert werden sollten. Nach Müller-Armack war es ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken.^[3] Damit hat er schon früh marktradikale Positionen kritisiert, die später auch von Direktoren des iwp vertreten wurden.

Franz Greiß (1905 – 1995), Unternehmer, war Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer (IHK), Mitbegründer des Arbeitgeberverbandes der Chemischen Industrie und der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA). Weiterhin gründete er 1949 den [Bund Katholischer Unternehmer](#) (BKU).

Aktivitäten

Das Institut versteht sich als Think Tank, angesiedelt im universitären Umfeld, mit dem Anspruch, den aktuellen Stand der Wissenschaft für die Erarbeitung praktischer Politikempfehlungen zu nutzen.^[4] Die vorrangige Aufgabe des Instituts liege in der Untersuchung aktueller grundlegender Probleme im Bereich der Wirtschaftspolitik. Das besondere Augenmerk gelte dabei ordnungspolitischen Fragestellungen und den für eine funktionsfähige Soziale Marktwirtschaft erforderlichen institutionellen Rahmenbedingungen.^[5] Es werden die folgenden Publikationen herausgegeben: Kölner Impulse zur Wirtschaftspolitik, Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik.

Das Institut organisiert unterschiedliche Veranstaltungsreihen. Veranstaltungsformate sind: Ringvorlesung, wirtschaftspolitischer Dialog, Symposien, Kinderuni, Lehrerfortbildung, Dialog Wissenschaft & Praxis. Der [Kölner wirtschaftspolitische Dialog: Praxis trifft Wissenschaft](#) wird in Zusammenarbeit mit der [Otto Wolff Stiftung](#) veranstaltet, die das Institut für Wirtschaftspolitik fördert. Franz Schoser, Vorstandsvorsitzender der [Otto Wolff Stiftung](#), ist gleichzeitig Vorstandsmitglied des Fördererkreises des Instituts für Wirtschaftspolitik. Die Veranstaltungsreihe richtet sich an ein Publikum von Verbandsvertreter*innen, Unternehmer*innen und Behördenmitarbeiter*innen, interessierten Studierenden, Lehrer*innen und andere Multiplikatoren.

Organisationsstruktur und Personal

Träger des Instituts

Träger des Instituts ist seit 2014 der Fördererkreis des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln e.V. (Förderkreis). Institutionelle Mitglieder sind neben der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer auch viele Verbände und Einzelunternehmen der Versicherungs-, Wohnungs- und Gesundheitswirtschaft.^[6]

Vorstandsmitglieder des Fördererkreises sind:

- Josef Meyer, bis 2018 Vizepräsident des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., ehem. Vorstandssprecher der Deutschen Bau- und Grundstücks-AG^[7]
- Franz Schoser, Vorstandsvorsitzender der [Otto Wolff Stiftung](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), war Schatzmeister der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handels (kammer)tages (DIHK) und Vorstandsmitglied des [Bund Katholischer Unternehmer](#)
- Rolf Wickenkamp, Gründer und CEO von [Wickenkamp Consulting](#)

Quelle: ^[8]

Direktoren

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln hat das Recht, eine/n oder mehrere Professor/in bzw. Professor/inn/en, in dessen/deren Aufgabengebiet die Aufgaben des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln liegen, als Direktor/in bzw. Direktor/inn/en des Instituts vorzuschlagen (§ 15 Abs. 5 der Satzung des Fördererkreises). Die Bestellung des/der Direktor/s/in bzw. der Direktor/inn/en ist Aufgabe der Mitgliederversammlung des Fördererkreises.

Direktoren sind:

- Michael Krause, Professor für Makroökonomik am Center for Macroeconomic Research (CMR) der Universität zu Köln
- Steffen J. Roth, Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik, bis 01/2020 Geschäftsführer der inzwischen liquidierten Otto-Wolff-Institut für Wirtschaftsordnung gGmbH^[9], Autor des ÖkonomenBlog der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)

(Stand: Juli 2021) Quelle: ^[10]

Projektpartner

Zu den Projektpartnern gehören u.a.:

- [Bertelsmann Stiftung](#), [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw), mehrere Bundesministerien, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW, Bundesverband Braunkohle, Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Monopolkommission und [Otto Wolff Stiftung](#)

Kooperationen

Jenaer Allianz

Das Institut für Wirtschaftspolitik ist Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen ([Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#)) mit Stiftungen und neoliberalen Denkfabriken kooperieren.

Neuausrichtung der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln

2009 sind die Pläne der Fakultät, sechs vakante VWL-Lehrstühle zu einem Forschungsschwerpunkt für Makroökonomie aufzubauen, auf die massive Kritik von emeritierten Professoren und Förderern gestoßen. ^[11] Zu den Kritikern gehören vor allem die emeritierten Professoren Willgerodt und Watrin sowie der Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik, Roth, nach dessen Auffassung die Berufungen von Makroökonomien auf die wirtschaftspolitischen Lehrstühle einer kompletten inhaltlichen Umwidmung gleichkämen. Auch Donges teilt die Kritik. Dem Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik, Eekhoff, werden laut Handelsblatt Sympathien für die Kritiker nachgesagt. Außerhalb der Fakultät gehören zu den Kritikern [Franz Schoser](#) (Vorsitzende des Förderkreises), Patrick Adenauer (Präsident des Verbandes [Die Familienunternehmer - ASU](#)) und [Michael Hüther](#) ([Institut der deutschen Wirtschaft](#)). Einer der Befürworter, Achim Wambach (Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik), unterstützt die Reformen mit dem Argument,

die Wissenschaft habe sich weiterentwickelt – es werde heute nicht mehr in Philosophien argumentiert, es gehe mehr um empirische Fragen. Der Kölner Professor Ockenfels argumentiert, es könne nicht sein, dass Leute, die mit Forschung schon lange nichts mehr zu tun hätten, der Fakultät sagen wollten, wer als Professor infrage komme und wer nicht.^[12] Wolfgang Lieb kommentiert in den „NachDenkSeiten“, die Vertreter der ordoliberalen Schule, für die jeder Eingriff in den Markt als Eingriff in die Freiheit des Einzelnen gelte, erlebten angesichts der Katastrophe der deregulierten Finanzmärkte und der Wirtschaftskrise ihre größte Niederlage seit den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts.^[13] Die sechs makroökonomisch orientierten Stellen sind inzwischen besetzt.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ Fördererkreis, iwip.uni-koeln.de, abgerufen am 26.07.2021
- ↑ Institut für Wirtschaftspolitik, wiso.uno-koeln.de, abgerufen am 26.07.2021
- ↑ Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck, FAZ vom 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 7. 11. 2011
- ↑ Leitbild, iwip.uni-koeln.de, abgerufen am 06.06.2016
- ↑ Institut, iwip.uni-koeln.de, abgerufen am 26.07.2021
- ↑ Institut für Wirtschaftspolitik, wiso.uno-koeln.de, abgerufen am 26.07.2021
- ↑ Vizepräsidenten, deutscher-verband.org, abgerufen am 01.12.2016
- ↑ Vereinsregister des Amtsgerichts Köln - VR 5131, abgerufen am 26.07.2021
- ↑ Steffen J. Roth, companyhouse.de, abgerufen am 25.07.2021
- ↑ Team, uni-koeln.de, abgerufen am 25.07.2021
- ↑ Olaf Storbeck: Der Kölner Emeriti-Aufstand, Handelsblatt vom 17. Februar 2009, Website Handelsblatt, abgerufen am 7. November 2011
- ↑ Olaf Storbeck: Ökonomenstreit: Kölner Volkswirte bleiben hart, Handelsblatt vom 7. Juli 2009, Website Handelsblatt, abgerufen am 7. November 2011
- ↑ NachDenkSeiten vom 28. April 2009, Website nachdenkseiten, abgerufen am 7. November 2011

Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft

Dieser Artikel ist unvollständig! **Helfen Sie mit ihm zu verbessern!**

**Leipziger Wirtschaftspolitische
Gesellschaft**

[[Bild:<date>|center]]

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsb Förderung neoliberaler Ideen

Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft

ereich

Gründungs 4. Februar 1994

datum

Hauptsitz Städtisches Kaufhaus Leipzig,
Neumarkt 9-19, Leipzig

Lobbybüro

Lobbybüro <text>

EU

Webadress [<url>]

e

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	74
2 Organisationsstruktur und Personal	74
2.1 Verbindungen	75
3 Finanzen	75
4 Lobbystrategien und Einfluss	76
5 Fallstudien und Kritik	76
6 Weiterführende Informationen	76
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	76
8 Einzelnachweise	76

Kurzdarstellung und Geschichte

Die am 4. Februar 1994 gegründete Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. (Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft) ist ein neoliberales Netzwerk, das eng mit der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#) und dem Zentrum für internationale Wirtschaftsbeziehungen, Leipzig, kooperiert. Die Hälfte der Vorstandsmitglieder sind auch Mitglieder des Vorstands der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#). Die Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft hat keine eigene Website. Bei Veranstaltungen, an denen sie beteiligt ist, wird auf den Link zur [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#) verwiesen (z. B. 2. Konvent zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft vom 28. Februar 2011).

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder des Vorstands sind:

Rolf Hasse (Präsident)

- Kommissarischer Leiter des Fraunhofer Zentrums für Mittel- und Osteuropa (MOEZ)
- Stellvertretender Direktor des Zentrums für internationale Wirtschaftsbeziehungen in Leipzig, dessen Ausrichtung maßgeblich von [Meinhard Miegel](#) geprägt wurde
- Stellv. Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- Wissenschaftlicher Betreuer im Promotionskolleg der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)^[1]

Christian Milow (Vizepräsident)

- Honorarprofessor am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig
- ehem. Präsident der Landeszentralbank in Sachsen und Thüringen

Friedrun Quaas (Vizepräsidentin)

- Wissenschaftliche Mitarbeiterin und außerplanmäßige Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Leipzig
- Wissenschaftliche Betreuerin im Promotionskolleg der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)^[2]

Bernd W. Voss (Schatzmeister)

- ehemaliger Vorstand der [Dresdner Bank](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#) und Mitglied des Aufsichtsrats von Wacker Chemie und Continental
- Mitglied des Vorstands der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

ehemaliges Vorstandsmitglied: **Hubertus Schmoldt** (Vizepräsident)

- ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie
- Mitglied des Aufsichtsrats von [Bayer](#), [E.ON](#), [BP](#) und [Ruhrkohle](#)
- Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

(Quellen: Websites der genannten Organisationen sowie Vereinsregister des Amtsgerichts Leipzig, Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft, Abruf vom 11. März 2013, VR 2192)

Verbindungen

Jenaer Allianz

Die Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft gehört der 2008 gegründeten [Jenaer Allianz](#) an, einem Kooperationsnetzwerk von Organisationen, Institutionen und Personen, die sich der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft nach neoliberalen Vorstellungen verpflichtet fühlen. Weitere Mitglieder der Jenaer Allianz sind:

- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Bund Katholischer Unternehmer](#) e.V.
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Institut für Wirtschaftspolitik](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#).

Zu den Initiatoren der Jenaer Allianz zählt auch das [Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut](#), dessen Präsident [Thomas Straubhaar](#) die Gründung des [Wilhelm-Röpke-Institut](#) im Jahr 2007 initiiert hat.^[3]

Finanzen

Finanzierung, Ressourcen, Geldgeber, Kunden

Lobbystrategien und Einfluss

Ziele, Interessen, Ausrichtung (national vs. europ/internat.), Politikfelder erkennbare Konstanten, Einflusstategien Abschätzung des Einflusses, Wichtigkeit des Akteurs

Fallstudien und Kritik

genauere Recherchen zu einzelnen Lobbyprojekten, Kampagnen

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Eine weitere Perspektive auf das Institut für Wirtschaftspolitik](#), journal Universität Leipzig 4/2011
2. ↑ [Eine weitere Perspektive auf das Institut für Wirtschaftspolitik](#), journal Universität Leipzig 4/2011
3. ↑ [Über uns Geschichte des hwwwi](#), Website HWWI, abgerufen am 1. 10. 2011

Institut für Unternehmerische Freiheit

Das **Institut für Unternehmerische Freiheit (iuf)**

bezeichnet sich als Think Tank für Freie Marktwirtschaft. Seine Funktionsträger sind zu einem großen Teil Mitglieder der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und der [Mont Pelerin Society](#). Für eineinhalb Jahre trug das es den Namen **Berlin Manhattan Institut**. Das iuf ist Partner des [Atlas Network](#), zu dessen Sponsoren [ExxonMobil](#), [Philip Morris](#) und die Stiftungen der US-Milliardäre [Charles G. Koch](#) und [David H. Koch](#) gehören. Es kooperiert mit dem [Europäischen Institut für Klima und Energie](#) (EIKE), das den menschengemachten Klimawandel leugnet.

Das Institut scheint seine Aktivitäten weitgehend eingestellt zu haben. Der letzte Blogeintrag stammt vom 27. September 2017, die letzte Veranstaltung fand am 20. Mai 2006 statt. (Stand: Mai 2023)

Institut für Unternehmerische Freiheit

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich neoliberale Denkfabrik

Gründungsdatum 1998

Hauptsitz Stubenrauchstr. 10, 12161 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse [auf-berlin.com](#) [iuf-berlin.com](#) sowie vorübergehend [www.berlinmanhattan.org](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	77
2 Organisationsstruktur und Personal	77
2.1 Vorstand	77
2.2 Wissenschaftlicher Beirat	78
2.3 Senior Fellows	79
3 Verbindungen	79
3.1 Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)	79
3.2 Heartland Institute	79
3.3 Atlas Network	79
3.4 European Resource Bank	79
4 Finanzen	79
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	80
6 Einzelnachweise	80

Aktivitäten

Laut eigener Webseite setzt sich das Institut für Freihandel, gegen die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und für eine Abschaffung der Erbschaftssteuer ein.^[1] Zu den Aktivitäten gehört die Organisation von Veranstaltungen, auf denen für diese Ziele geworben wird. Berichtet wird auch von Veranstaltungen nahestehender Organisationen wie denen des [Europäischen Institut für Klima und Energie](#) (EIKE). Seine libertären Positionen verbreitet das Institut auch über seinen Blog.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

- [Charles B. Blankart](#), Senior-Professor für Öffentliche Finanzen an der HU Berlin, Ständiger Gastprofessor an der Universität Luzern, Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#) und Mitglied mehrerer neoliberaler Denkfabriken
- Oliver Knipping
 - Gründer des Instituts für Unternehmerische Freiheit
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
 - Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- Wolfgang Müller^[2]
 - Generalsekretär des [Europäischen Instituts für Klima und Energie](#) (EIKE)
 - Verantwortlicher für das Climate Change Programme des [Committee for a Constructive Tomorrow](#) (CFACT)^[3]
 - Beiratsmitglied der polnischen "Freedom and Entrepreneurship Foundation"^[4]
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und der [Mont Pelerin Society](#)
 - Autor der libertären Zeitschrift "eigentümlich frei"
 - ehem. Mitarbeiter der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
 - Referent bei Veranstaltungen des [Heartland Institute](#) und des [CFACT](#)^[5]

- Autor des [Acton Institute](#)^[6]
- Sascha Tamm
 - ehem. Mitarbeiter [Liberales Institut](#)
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)

(Stand: Mai 2021)

Wissenschaftlicher Beirat

- Peter Boettke^[7] Professor am [Mercatus-Center](#) an der [George Mason University](#) und Preisträger der [Mont Pelerin Society](#) 1994
- [Hardy Bouillon](#), Inhaber von [Public Partners](#) und ehem. Mitglied mehrerer neoliberaler Denkfabriken
- [Detmar Doering](#), ehem. Leiter [Liberales Institut](#) und Mitglied mehrerer neoliberaler Denkfabriken
- Pierre Garelo, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Uni Aix-en-Provence/Frankreich, Gründer der [European Resource Bank](#), die die Aktivitäten einer Reihe neoliberaler Denkfabriken koordiniert
- Walter Klitz, ehem. Leiter des Büros der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) in Seoul (Korea)
- Jo Kwong, Direktor der Abteilung "Institute Relations" der [Atlas Economic Research Foundation](#) und Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- [Robert Nef](#), Präsident des Stiftungsrates des [Liberalen Instituts Zürich](#), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), der [Mont Pelerin Society](#) und Aufsichtsratsmitglied des [Institut Constant de Rebecque](#)
- Mark Pennington, Universitätsdozent für Politische Ökonomie am Queen Mary College, University of London
 - Mitglied des Ökonomischen Beirats von [Global Vision](#), des Beirats von [Reform](#), der [Mont Pelerin Society](#) und des Netzwerks [NOUS](#)
 - Trustee des [Institute of Economic Affairs](#)
- [Tom G. Palmer](#) Vizepräsident des [Atlas Network](#), Direktor der Cato-Universität und Senior Fellow am [Cato Institute](#) sowie Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- [Thomas Straubhaar](#), ehem. Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut \(HWWI\)](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Viktor Vanberg](#), emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, Mitglied des Vorstands des [Walter Eucken Institut](#) sowie Mitglied der [Mont Pelerin Society](#) und des Netzwerks [NOUS](#)
- [Roland Vaubel](#), ehem. Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre und Politische Ökonomie an der Uni Mannheim, Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#) sowie diverser wirtschaftsliberaler und marktradikaler Organisationen
- [Erich Weede](#), emeritierter Professor für Soziologie und Politikwissenschaften an der Uni Bonn, Mitglied des Stiftungsrates der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) und Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)

(Stand: Juni 2020)

Senior Fellows

Zu den Senior Fellows gehört Steffen Hentrich, Referent für Umweltpolitik der FDP-Bundestagsfraktion, der am 16.06.2009 einen Vortrag bei der 1. Berliner Klimakonferenz des [Europäischen Institut für Klima und Energie](#) (EIKE) hielt und wiederholt bei EIKE gepostet hat.^{[8][9]} Bis 2013 war er Blogger der Internet- und Blogzeitung [Die Freie Welt](#), die ein Teil des Vereinsnetzwerks [Zivile Koalition](#) der AfD-Politiker Beatrix und Sven von Storch ist.^[10]

(Stand: April 2023)

Verbindungen

Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)

In der Energie- und Umweltpolitik vertritt das Institut für Unternehmerische Freiheit die Positionen des [Europäischen Instituts für Klima und Energie](#) (EIKE), mit dem es kooperiert und personell verflochten ist. Gemeinsam mit EIKE und anderen Organisationen veranstaltet das IUF internationale Klimakonferenzen, die den Leugnern des Klimawandels ein Forum bieten^[11] Die Begrüßung bei der Konferenz im Jahr 2012 übernahm Wolfgang Müller, Vorstandsmitglied des iuf, der auch Generalsekretär von EIKE ist.^[12]

Heartland Institute

Auf der Webseite des IUF wird für Veranstaltungen des [Heartland Institute](#) geworben^[13], das Spenden der Industrie einwirbt, um damit Internetblogs und scheinbar neutrale Organisationen für die Verbreitung von Zweifeln am Klimawandel zu finanzieren.^[14]

Atlas Network

Das Institut ist Partner des [Atlas Network](#) (frühere Bezeichnung: Atlas Economic Research Foundation).^[15] Dieses Netzwerk gründet, fördert und koordiniert weltweit neoliberale und libertäre Organisationen. Zu den Sponsoren gehören [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und die Stiftungen der US-Milliardäre [Charles G. Koch](#) und [David H. Koch](#).

European Resource Bank

Das Institut für unternehmerische Freiheit organisiert u.a. gemeinsam mit der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), dem [International Policy Network](#), der [Atlas Economic Research Foundation](#), dem [Cato Institute](#) und der [Heritage Foundation](#) den jährlichen Kongress [European Resource Bank](#)

Finanzen

Das Institut wird ausschließlich von privaten Sponsoren gefördert und finanziert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Ziele](#), iuf-berlin.de, abgerufen am 28.11.2020
- ↑ [Press Release: Heartland Institute to present latest climate Science in Poland](#), heartland.org vom 15.11.2018, abgerufen am 08.12.2018
- ↑ [Meet the skeptics at CFACT's COP16 press conference Monckton, Spencer & Rothbard on Climate Science & Policy December 9, 2010](#), Website cfact, abgerufen am 01.05.2013
- ↑ [Advisory Board](#), fundacjawip.org, abgerufen am 09.12.2018
- ↑ [Heartland Institute, CFACT announce Energy Panel Speakers for „Day of Examining Data“ at COP-21](#), heartland.org vom 24.11. 2015, abgerufen am 12.10.2017
- ↑ [Profil](#), acton.org, abgerufen am 27.01.2020
- ↑ [econfaculty.gmu.edu/pboettke](#), Website econfaculty, abgerufen am 25. November 2015
- ↑ [1. Berliner Klimakonferenz - gegen den Mainstream - erfolgreich abgeschlossen!](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 26.04.2023
- ↑ [Steffen Hentrich](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 26.04.2023
- ↑ [Steffen Hentrich](#), freiewelt.net, abgerufen am 26.04.2023
- ↑ [Internationale Klimakonferenz am 15. 6. 12 in Berlin](#)
- ↑ [V. Internationale Klima- und Energiekonferenz Hotel Bayerischer Hof, München, 30. 11. - 1. 12. 2012](#), Webseite berlinmanhattan, abgerufen am 30. April 2013
- ↑ [The New Science and Economics of Climate Change 10th International Conference on Climate Change](#), Webseite IUF, abgerufen am 22. 10. 2015
- ↑ [Und sie erwärmt sich doch Was steckt hinter der Debatte um den Klimawandel](#), Hrsg. Umweltbundesamt, 1. Aufl. 2013, S. 105
- ↑ [Partners Europe & Central Asia](#), Webseite Atlas Network, abgerufen am 08. 11. 2015

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist eine Vorfeld-Organisation der **CDU**. Der Wirtschaftsrat ist kein Gremium innerhalb der Partei, sondern ein sehr einflussreicher Lobbyverband von unionsnahen Unternehmer:innen mit rund 12.000 Mitgliedern. Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca, 18,4 Mio. Euro, die Lobbyausgaben bei 4,9 Mio. Euro.^[1]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit

Gründungsdatum 1963

Hauptsitz Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (mittelstandspolitischer Sprecher und Vorstandsmitglieder der Unionsfraktion im Bundestag) ^{[2][3]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war ^[4].

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Lobby

büro

Lobby

büro

EU

Weba www.wirtschaftsrat.de

дресse

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags. ^[5] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus. ^[6]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand. ^{[7][8][9][10]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht. ^[11]

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	82
2 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	82
3 Geschichte	83
4 Fallstudien und Kritik	83
4.1 Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	83
4.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	84
4.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	85
4.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	85
4.5 Der Wirtschaftstag - das Lobbyforum des Wirtschaftsrats	86
4.6 Kontroverse um den Landesdatenschutz	86
5 Finanzen	87
6 Zitate	87
7 Organisationsstruktur und Personal	87
8 Die Landesverbände	94
9 Netzwerke	95
9.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	95
9.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	95
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	95
11 Einzelnachweise	95

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[12] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[13][14]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[15]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[16]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[17] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband

formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrechts der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.^[18] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.^[19] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht.^[20]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[21]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrat war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[22] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteioorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder.^[23]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[24] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[5]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner Fritz Vahrenholt^{[25][26]} als Referenten statt.^[27] Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[28] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[29] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[30]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[31][32]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[33]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[34] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[35] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[34]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[36] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[37] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[38] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[39] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[39]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“^[40] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[40]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[41] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[40]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#).^[42] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[43] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehere. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[44]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „Regelungen wurden abgeschwächt“.^[45] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Der Wirtschaftstag - das Lobbyforum des Wirtschaftsrats

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[46] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik. In den vergangenen Jahren waren u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die Bundesminister:innen Jens Spahn, Peter Altmaier, Anja Karliczek und Annegret Kramp-Karrenbauer zu Gast. Sie trafen auf ranghohe Vertreter:innen zahlreicher großer Unternehmen, wie RWE, BMW, Siemens, der Deutschen Bank oder Daimler.

Führende Politiker:innen von CDU und CSU loben den Wirtschaftstag:

Paul Ziemiak (Generalsekretär der CDU) : *"Der Wirtschaftstag ist das politische Großereignis in Berlin, wenn es darum geht, dass Politik mit Wirtschaft ins Gespräch kommt."*^[47]

Nadine Schön (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion): *"[Der Wirtschaftstag] ist ein Tag, an dem vor allem die Vernetzung im Vordergrund steht, an dem viele Unternehmen sich auch mit der Politik vernetzen und austauschen und das halte ich gerade in diesen Zeiten für besonders wichtig."*^[48]

Andreas Scheuer (Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur): *"Ich bin froh über dieses Engagement. Unterstützung, kritisch sein, treiben – das brauchen wir und der Wirtschaftstag gehört als Pflichtprogramm in den Kalender."*^[49]

Kontroverse um den Landesdatenschutz

Der Wirtschaftsrat der CDU forderte im Jahr 2012, die 16 unabhängigen Datenschutzbehörden der Bundesländer zugunsten einer bundesweit zuständigen Behörde aufzulösen. Dies bekräftigte [Dorothee Belz](#), welche den Internetarbeitskreis des Wirtschaftsrats leitet und zugleich bei [Microsoft](#) in der Geschäftsführung tätig ist. Der Wirtschaftsrat der CDU hält die Landesdatenschützer für ein Hemmnis für Internet-Startups in Deutschland.^[50]

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[51] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat](#), [75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen."^[24]

[Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt."^[52]
(finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	• Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Karsten Wildberger	• CEECONOMY AG, CEO
Vizepräsidentin	Bettina Würth	• Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirates • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	• Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)

Position	Name	Tätigkeit
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	Deutsche Bank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	- Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender - Handwerks- und Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[53]	ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Thomas Saueressig, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Kai Hankeln, Matthäus Niewodniczanski, Selina Stihl, Dr. Michael Strugl	

(Stand: November 2023) ^[54]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 53 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Microsoft Deutschland GmbH, Vorsitzende der Geschäftsführung
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	RWE , Leiterin der EU-Repräsentanz
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG , Mitglied des Vorstands

(Stand: November 2023) ^[55]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 14 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Reinke	Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, Vorstandsvorsitzender
Beirat Familienunternehmen	Bettina Würth	Adolf Würth GmbH & Co. KG, Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe
Beirat Zukunft Europa	Axel Weber	Präsident der Deutschen Bundesbank a.D., Verwaltungspräsident der UBS AG
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Marc Andree Groos	Vaillant GmbH, Geschäftsführer
Energiepolitik	Nikolaus Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Gesundheitswirtschaft	Kai Hankel	Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Michael Frick	Mahle GmbH, Geschäftsführer
Innovationsforum	Petra Justenhoven	PwC, Sprecherin der Geschäftsführung

Bundesfachkommission

	Vorsitz	Unternehmen
Internationaler Kreis	Jürgen Geißing	MTU Aero Engines AG, Mitglied des Aufsichtsrats
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christina Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Steuern	Matthias Oberndorfer	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Woeste	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftlicher Beirat	Lars P. Feld	Leiter des Walter Eucken Instituts , Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Vorsitzender des Sachverständigenrates a.D. (Wirtschaftswissenschaftler)

(Stand: November 2023) ^{[56][57]}

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Energie für Mobilität	Frank Hiller	DEUTZ AG, Vorstandsvorsitzender
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, Vorstandsvorsitzender/CEO
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Gigabit-Gesellschaft	Michael Jungwirth	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
	Michael Dieckman	

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Krankenhausreform	n	AMEOS Gruppe, CDO und Mitglied des Vorstandes
Mehr Privat für einen starken Staat	Erhard Weimann	Staatssekretär a.D., EGW Strategie-Beratung
Pflege	Thomas Flotow	PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Patricia Lips	MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Startups	Stephanie Renda	Bundesverband Deutsche Startups, Vorstand und stellv. Vorsitzende vom Beirat Junge Digitale Wirtschaft beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

(Stand: November 2023) ^[58]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	• Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Marc Oliver Bettzüge	• Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor • Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung, Mitglied • Rhenag, Mitglied des Verwaltungsbeirats
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	• Munich Center for the Economics of Aging, Direktor emeritus • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Alexander Eisenkopf	Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Leiter des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik
Joachim Englisch	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Leiter des Institut für Steuerrecht
Gabriel Felbermayr	- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Direktor Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Clemens Fuest	- ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident - Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Wolfgang Greiner	- Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" - Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
Andreas Hackethal	- Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance - BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats - Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Justus Haucap	Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor ECONWATCH, Präsident Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " Prometheus, Mitglied des Kuratoriums Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Johanna Hey	- Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands - Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
	Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor und Mitglied des Präsidiums

Mitglieder	Akademische Position
Michael Hüther	- Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied - Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Jürgen Kühling	- Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht - Monopolkommission, Mitglied
Reimund Neugebauer	Fraunhofer-Gesellschaft, Präsident
Christoph M. Schmidt	- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident - European Sounding Board on Innovation (ESBI) des EU-Kommissars für Forschung und Entwicklung, Mitglied - Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums - BMW, Mitglied des Aufsichtsrats
Christoph Spengel	Universität Mannheim, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebswirtschaftliche Steuerlehre
Jens Strüker	- Fraunhofer Blockchain-Labor, Leiter - Forschungsinstitut für Informationsmanagement, Direktor
Volker Ulrich	- Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre III, insb. Finanzwissenschaft - Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS), Vorsitzender des Beirats
Ludger Wössmann	- ifo Zentrum für Bildungsökonomik, Leiter - Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Professor für Volkswirtschaftslehre

(Stand: Dezember 2023) ^[59]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[60] Bundesvorsitzende ist seit 2021 Caroline Bosbach, Tochter des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach.^[61] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten

^[62] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung AG](#)). ^[63] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979 ^[64] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft". ^[65]

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Grajetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[53]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[66]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[67] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
2. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
3. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#), faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
5. ↑ ^{5,05,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#), wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
6. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
7. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
8. ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023

10. ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
13. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz der Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
14. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
15. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
16. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
17. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
18. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
19. ↑ [Pressmitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
20. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter.com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
21. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
22. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
23. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
24. ↑ ^{24,024,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
25. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
26. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
27. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
28. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
29. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
30. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
31. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
32. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
33. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
34. ↑ ^{34,034,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
35. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.
36. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
37. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
38. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
39. ↑ ^{39,039,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.

40. ↑ ^{40,040,140,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
41. ↑ [BMZ](#), Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten, bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
42. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
43. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
44. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#)lieferkettengesetz.de vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
45. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tageschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
46. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
47. ↑ [Der Wirtschaftstag 2018](#), vgl. ab Minute 6:00, abgerufen am 12.11.2020.
48. ↑ [Der Wirtschaftstag 2018](#), vgl. ab Minute 6:31, abgerufen am 12.11.2020.
49. ↑ [Der Wirtschaftstag 2019](#), vgl. ab Minute 7:13, abgerufen am 12.11.2020.
50. ↑ ["Die Landesdatenschützer müssen weg"](#), golem.de vom 02.03.2012, abgerufen am 07.03.2012.
51. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
52. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
53. ↑ ^{53,053,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
54. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 22.11.2023
55. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 22.11.2023
56. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
57. ↑ [Themen des Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 18-20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
59. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 20.12.2023
60. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
61. ↑ [WR-Info: Junger Wirtschaftsrat wählt Caroline Bosbach an die Bundesspitze](#), wirtschaftsrat.de vom 25.10.2021, abgerufen am 05.12.2023
62. ↑ [Landesverbände](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
63. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
64. ↑ [Unsere Geschichte](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
65. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
66. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), wirtschaftsrat.de vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
67. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Das **Institut zur Zukunft der Arbeit GmbH** (IZA) betreibt als privates Wirtschaftsforschungsinstitut nationale und internationale Arbeitsmarktforschung sowie Politikberatung.

**Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit
(IZA)**

Gegründet wurde das Institut 1998 auf Initiative der [Deutschen Post](#).^[1] Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#), die im Gesellschaftsvertrag des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG" bezeichnet wird.

Präsident des IZA ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post, [Klaus Zumwinkel](#). Seit März 2016 ist Hilmar Schneider Direktor des IZA. Sein Vorgänger ist der umstrittene [Klaus F. Zimmermann](#), der als langjähriger Institutsleiter dessen Ausrichtung maßgeblich geprägt hat.

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)



Rechtsform gGmbH
Tätigkeitsbereich Arbeitsmarktforschung
Gründungsdatum 1998
Hauptsitz Schaumburg-Lippe-Straße 5 - 9, Bonn
Lobbybüro
Lobbybüro EU
Webadresse www.iza.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	98
2 Organisationsstruktur und Personal	99
2.1 Präsident: Klaus Zumwinkel	99
2.2 Geschäftsführung	99
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	99
2.4 Policy Fellows	100
3 Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts	100
4 Lobbystrategien und Einfluss	101
5 Fallstudien und Kritik	101
5.1 2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer	101
6 Weiterführende Informationen	101
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	102
8 Einzelnachweise	102

Kurzdarstellung und Geschichte

Das IZA versteht sich als internationales Forschungsinstitut und Ort der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Zahlreiche Ökonomen arbeiten virtuell oder vor Ort im Rahmen konkreter Forschungsvorhaben mit dem IZA zusammen. Darüber hinaus bindet sich das IZA aktiv in internationale Forschungsnetzwerke ein. Es stellt Forschungsergebnisse der Arbeitsökonomie bereit und liefert auf dieser Grundlage handlungsrelevante Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft.

Das IZA vertritt wirtschaftsliberale Positionen und war über ihren langjährigen Direktor Zimmermann sowie ihre "Policy Fellows" mit Organisationen der Arbeitgeber und neoliberalen Denkfabriken vernetzt. Die "Policy Fellows" werden auf der IZA-Webseite seit mindestens 2017 nicht mehr erwähnt.

Das IZA erstellt u. a. Studien für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)^[2] und die [Bertelsmann Stiftung](#)^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese kann lt. Gesellschaftervertrag den Geschäftsführer des Instituts (= den Direktor) bestellen und abberufen. Die Stiftung kann die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen.^[4]

Präsident: Klaus Zumwinkel

Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender der [Deutschen Post](#) AG und ehem. Mitglied des Aufsichtsrats zahlreicher Großunternehmen (z. B. [Deutsche Telekom](#), [Allianz](#), [Lufthansa](#), [Arcandor](#)). Nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung trat Zumwinkel im Februar 2008 als Postchef zurück. Im Januar 2009 wurde er zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe verurteilt. Zumwinkel ließ sich Pensionsansprüche in Höhe von 20 Mio. € auszahlen und kassierte für seine zweimonatige Tätigkeit als Vorstandschef im Jahr 2008 über 700.000€^[5]

(Stand: Januar 2018)

Geschäftsführung

- Hilmar Schneider ist seit März 2016 Vorsitzender der Geschäftsführung (Direktor) des IZA
- **Martin C. Clemens** ist seit März 2016 Kaufmännischer Geschäftsführer des IZA und gleichzeitig Geschäftsführer des SUN Institute Environment Sustainability sowie Kaufmännischer Geschäftsführer des briq Institute on Behavior & Inequality, die - wie das IZA - von der Deutsche Post-Stiftung als alleiniger Gesellschafterin gegründet worden sind.^[6] Clemens war bis zu seinem Wechsel zum IZA im Jahr 2006 in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der Deutschen Post DHL tätig.^[7]

(Stand: Januar 2018)

[Klaus F. Zimmermann](#) war seit der Gründung des IZA bis Februar 2016 dessen Direktor

Wissenschaftlicher Beirat

- Thomas von Mitschke-Collande (CSU-Mitglied), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, Unternehmensberater, ehem. Senior Partner McKinsey
- Jürgen Kluge, Unternehmensberater, Senior Advisor bei Bank of America Merrill Lynch, ehem. Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie^[8]
- Andrew J. Oswald, Professor an der University of Warwick
- Christopher A. Pissarides, Professor an der London School of Economics, Wirtschaftsnobelpreis 2010
- Frank-Jürgen Weise (CDU-Mitglied), ehemaliger Leiter der Bundesagentur für Arbeit sowie des Bundesamtes für Migration

(Stand: Januar 2018)

Policy Fellows

Das IZA verfügte über einen Kreis von "Policy Fellows" (dt. Politikkollegen), mit denen es in besonderer Weise kooperierte. Die Vernetzung mit einflussreichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Medien und Gesellschaft sollte nach eigenen Angaben dazu beitragen, das Beratungsangebot des Instituts entsprechend zu akzentuieren und seine Forschungsergebnisse noch gezielter in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Zu dem Netzwerk gehörten zahlreiche Organisationen der Arbeitgeber und neoliberale Denkfabriken.

Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts

Das IZA ist eine Tochtergesellschaft der [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese ist alleinige Gesellschafterin des Instituts und kann lt. § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags die Geschäftsführer des Instituts bestellen und abberufen sowie die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen (§§ 5 Abs. 2, 12 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag).^[9] Die [Deutsche Post-Stiftung](#) ist laut Gesellschaftsvertrag des IZA (Präambel) ihrerseits eine "Stiftung der Deutsche Post AG". Das IZA bezeichnet sich selbst gleichwohl als unabhängiges Forschungsinstitut^[10]. Gemeint ist wohl, dass der Post-Konzern der Tochtergesellschaft seiner Stiftung faktisch ein unabhängiges Agieren einräumt. Diese Annahme scheint jedoch nicht zuzutreffen. IZA-Präsident Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender des Post-Konzerns und mischt sich laut internen Quellen auch ins Tagesgeschäft des IZA ein.^[11] IZA-Geschäftsführer Martin C. Clemens war leitender Mitarbeiter in Konzernunternehmen der Post. Auch im Kuratorium der [Deutsche Post-Stiftung](#) sitzen Personen aus dem Umfeld der [Deutsche Post DHL Group](#). Die weiteren Verflechtungen zwischen Post-Konzern, Deutsche Post-Stiftung und IZA sind unter [Deutsche Post-Stiftung](#) abrufbar. Neben den dort genannten Anhaltspunkten für eine Abhängigkeit des IZA vom Post-Konzern spielt auch die finanzielle Abhängigkeit vom Post-Konzern eine Rolle, der als einer der größten deutschen Arbeitgeber von der arbeitsmarktpolitischen Forschungs- und Beratungstätigkeit des Instituts selbst betroffen ist.

Das IZA finanziert sich zu etwa 80 % über die [Deutsche Post-Stiftung](#).^[12] Nach anfänglicher Auskunftsverweigerung über die Höhe der Zuwendung hat die Deutsche Post AG bestätigt, dass die Stiftung im Rahmen einer bis 2022 laufenden Schenkungsvereinbarung ein Viertel Promille der Umsatzerlöse oder ein Drittel Promille des Personalaufwands des Post-Konzerns erhält.^[13] Im Jahr 2015 betrug der Zufluss an die Stiftung ca. 14 Mio. Euro, deren einzige Aktivitäten bis 2014 in der Förderung und Finanzierung des IZA bestanden. Ein Wirtschaftsunternehmen wie der Post-Konzern wird ein Arbeitsmarktforschungsinstitut nur initiieren und in dieser Höhe dauerhaft subventionieren, wenn dessen Ausrichtung seiner Interessenlage als Arbeitgeber gerecht wird. Mit der Einstellung der Finanzierung, die für das IZA existenzgefährdend wäre, verfügt der Post-Konzern außerdem über ein finanzielles Drohpotential, mit dem er das IZA jederzeit "auf Kurs" bringen könnte. Die arbeitsmarktpolitischen Positionen des IZA entsprechen im Wesentlichen denen der Arbeitgeber: Ablehnung des Mindestlohns, Ausweitung des Niedriglohnsektors und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.^[14]

Unter ihrem damaligen Präsidenten [Klaus F. Zimmermann](#) beauftragte das Institut für die Studienreihe "IZA World of Labor" den Mindestlohn-Gegner David Neumark damit, politischen Entscheidungsträgern den Stand der Wissenschaft objektiv zu präsentieren. Die weitaus meisten der Aufsätze oder Bücher, die Neumark in

der ZA-Broschüre mit dem Befund negativer Beschäftigungseffekte zitiert, stammen nach einem Bericht im Handelsblatt jedoch von ihm selbst, was kaum erkennbar sei.[18] Fragwürdig in Sachen neutrale Darstellung sei besonders, dass Neumark selbst das Urteil fälle, dass Studien, die negative Effekte finden, methodisch besser seien; wiederum ohne dass der Leser direkt sehen könnte, dass hier jemand Studien seiner wissenschaftlichen Kontrahenten abqualifiziert. Zimmermann verteidigte den Beitrag laut Handelsblatt kompromisslos: "Den Vorwurf, Herr Neumark sei parteiisch, muss ich zurückweisen".

Lobbystrategien und Einfluss

Das IZA gehört zu einem der führenden internationalen Wirtschaftsforschungsinstitute für Arbeitsmarktpolitik mit einem erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsmärkte.

In der Monatszeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik kritisierte Werner Rügemer „eine neue Form des Lobbyismus“ und nannte in diesem Zusammenhang auch das IZA. Dessen Direktor Klaus F. Zimmermann verklagte daraufhin Werner Rügemer. Die Pressekammer des Landgerichts Hamburg verkündete am 6. 2. 2015 eine Entscheidung, nach der die Aussage, das IZA betreibe Lobbying unzulässig sei. Zulässig sei dagegen die Aussage (als freie Meinungsäußerung und nicht als Tatsachenbehauptung), das IZA bezeichne sich faktenwidrig als unabhängig und von freier Wissenschaft könne beim besten Willen nicht gesprochen werden.^{[15][16][17]}

Fallstudien und Kritik

2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer

Im Mai 2014 verklagte IZA-Chef [Klaus F. Zimmermann](#) den Publizisten Werner Rügemer sowie Peter Kleinert, Herausgeber der Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ). Grund war ein Artikel über Lobbyismus, den Rügemer im August 2013 veröffentlichte. In dem Artikel wird das IZA als Beispiel dafür herangezogen, wie unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit Interessen vertreten werden. Das IZA klagte dagegen, dass es als 'nicht unabhängig' bezeichnet werde und keine 'freie Wissenschaft' betreibe.

Aus Sicht von LobbyControl ist die Gründung des IZA im Kontext eines erweiterten Lobbying, dem sog. [deep lobbying](#), zu sehen. Dabei geht es darum, über die Einflussnahme auf Öffentlichkeit oder wissenschaftliche Diskurse indirekt bzw. längerfristig auf die Politik einzuwirken. Es ist recht klar, dass es eine Abhängigkeit des IZA von der [Deutschen Post-Stiftung](#) gibt, die in der Präambel des Gesellschaftsvertrags des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG, des größten Arbeitgebers in Deutschland" bezeichnet wird.^[18] Die Stiftung stellt den Großteil der Finanzierung und sie ist laut Handelsregister-Unterlagen die alleinige Gesellschafterin des Instituts.^{[19] [20]}

Weiterführende Informationen

[Norbert Häring: Ein Sieg für Deutschlands Arbeitnehmer: Klaus Zimmermann verlässt das IZA, Newsblog Norbert Häring, 16. Dezember 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ IZA (Hrsg.): [15 Jahre IZA: 15 Jahre Arbeitsmarktforschung und Politikberatung](#). 2013. S. 2 (pdf, 13 MB)
2. ↑ z. B. Report No. 20: Bald erstmals weniger als 3 Mio. Arbeitslose in Deutschland, Bonn 2008 und Report No. 15: Die fiskalischen Kosten der SGB-Regelungen zum erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld für Ältere, Bonn 2007
3. ↑ Report No. 30: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bonn 2010 und Report No. 25: Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, Bonn 2010
4. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
5. ↑ [Hans Leyendecker: Klaus Zumwinkel 20 Millionen Euro Pension, Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2009](#), Website SZ, abgerufen am 09.06.2012
6. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
7. ↑ [Profil](#), iza.org, abgerufen am 04.01.2018
8. ↑ [Kurzvita](#), juergen-kluge.com, abgerufen am 13.10.2017
9. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
10. ↑ [Aufgaben und Ziele](#), iza.org, abgerufen am 03.01.2017
11. ↑ [Zumwinkel und seine Bonner Forscher](#), 16.02.2016, general-anzeiger-bonn, abgerufen am 07.07.2017
12. ↑ [Klaus F. Zimmermann - Biographisches](#), Webseite IZA, abgerufen am 20.02.2015
13. ↑ [Finanzierung](#), deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 05.01.2018
14. ↑ [IZA: Neoliberaler Think Tank unter Druck](#), heise.de vom 17.02.2015, abgerufen am 05.01.2018
15. ↑ [Thomas Barth: Neoliberaler Think Tank unter Druck Das Institut für Zukunft der Arbeit und Lobbyismus Vorwürfe](#), Telepolis vom 17. 02. 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
16. ↑ [Urteil des Landgerichts Hamburg zum Rügemer-Prozess vom 19. Februar 2015](#), Homepage Klaus F Zimmermann, abgerufen am 20. 02. 2015
17. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden? Ulrich Müller: Institut zur Zukunft der Arbeit verklagt Publizisten](#), 9. Mai 2014, Webseite Lobbycontrol, abgerufen am 20. 02. 2015
18. ↑ Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 15 Juli 2011, Amtsgericht Bonn HRB 7745
19. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden?](#) LobbyControl vom 09.05.2014, abgerufen am 12.05.2014
20. ↑ [Unabhängigkeit vor Gericht](#) taz vom 08.05.2014, abgerufen am 12.05.2014